

Pensionskasse  
Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit



**128. Geschäftsbericht**

Geschäftsjahr 2016



*Jahresabschluss und Lagebericht  
für das Geschäftsjahr 2016*

Pensionskasse  
Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen  
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit  
50677 Köln, Volksgartenstraße 54 a

## Inhalt

---

	Seite
Organe der Kasse .....	3
Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016.....	5
Bilanz zum 31.12.2016 .....	25
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2016 .....	28
Anhang.....	29
Vermögensentwicklung der Versicherungsabteilungen in 2016.....	39
Bestätigungsvermerke .....	41

## Organe der Kasse (Stand: 31.12.2016)

---

### Ordentliche Mitglieder des Kuratoriums:

#### Vorsitzender (Arbeitgebervertreter):

Geschäftsführer Dietmar Schweißer, MKB Mindener Kreisbahnen GmbH, Minden (bis 31.12.2016),

#### stellvertretender Vorsitzender (Arbeitnehmervertreter):

Disponent Hans Rudolf Eickhoff, KSW Kreisbahn Siegen-Wittgenstein, Siegen,

#### Arbeitgebervertreter:

Prokurist Stefan Bagowsky, AKN Eisenbahn AG, Kaltenkirchen,

Prokurist Dipl.-Betriebsw. (FH) Jürgen Behring, SWEG Südwestdeutsche Verkehrs-AG, Lahr,

Geschäftsführer Dipl.-Ing. Michael Emschermann, VWG Verkehr und Wasser GmbH, Oldenburg,

Vorstandsvorsitzender Michael Feller, EVAG Essener Verkehrs-AG, Essen,

Geschäftsführer Dipl.-Ing. Toralf Müllner, VHH Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH, Hamburg,

Prokuristin Marion Schäfer, HGK Häfen- und Güterverkehr Köln AG, Köln,

#### Arbeitnehmervertreter:

Betriebsratsvorsitzender Michael Auer, HGK Häfen- und Güterverkehr Köln AG, Köln,

Sachbearbeiter Jörn Böge, VHH Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH, Hamburg,

Leiter Logistik & Information Klaus Fischer, BZB Bayerische Zugspitzbahn Bergbahn AG, Garmisch-Partenkirchen,

Verwaltungsangestellter Helmut Haake, SWEG Südwestdeutsche Verkehrs-AG, Lahr,

KOM-Fahrer Rolf Höft, VKP Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH, Kiel,

Rentner Wolfgang Raitz, EVAG Essener Verkehrs-AG, Essen.

### Stellvertreter:

#### Arbeitgebervertreter:

Prokurist Ulrich Bäsel, SWEG Südwestdeutsche Verkehrs-AG, Lahr

(Stellvertreter für Prokurist Jürgen Behringer),

Prokurist Dipl.-Ing. Architekt Hermann Dummek, EVAG Essener Verkehrs-AG, Essen

(Stellvertreter für Vorstandsvorsitzenden Michael Feller),

Prokurist Ass. jur. Rolf Küppers, HGK Häfen- und Güterverkehr Köln AG, Köln

(Stellvertreter für Prokuristin Marion Schäfer),

Prokurist Heinrich Lindhorst, OHE Osthanoversche Eisenbahnen AG, Celle

(Stellvertreter für Geschäftsführer Michael Emschermann),

Geschäftsführer Dipl.-Ing. Veit Salzmann, HLB Hessische Landesbahn GmbH, Frankfurt

(Stellvertreter für Geschäftsführer Dietmar Schweizer),

Geschäftsführer Friedrich Schefter, VKP Verkehrsbetriebe Kreis Plön, Kiel

(Stellvertreter für Geschäftsführer Toralf Müller),

#### Arbeitnehmervertreter:

Fahrdienstleiter und Dienstplaner Thomas Borchert, HLB Hessenbahn GmbH, Frankfurt

(Stellvertreter für Leiter Logistik & Information Klaus Fischer),

Techn. Angestellter Dirk Collin, HGK Häfen- und Güterverkehr Köln AG, Köln

(Stellvertreter für Betriebsratsvorsitzenden Michael Auer),

Busfahrerin Anna Dohmstreu, VHH Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein GmbH

(Stellvertreterin für Sachbearbeiter Jörn Böge),

Verwaltungsangestellter Andreas Evers, VKP Verkehrsbetriebe Kreis Plön GmbH, Kiel

(Stellvertreter für KOM-Fahrer Rolf Höft),

Betriebsrat Erich Jüng, KVG Kahlgrund Verkehrsgesellschaft mbH, Schöllkrippen

(Stellvertreter für Disponent Rudolf Eickhoff),

Angestellte Walburga Lüdwig, EVAG Essener Verkehrs-AG, Essen

(Stellvertreter für Rentner Wolfgang Raitz),

Busfahrer Hubert Scherpp, SWEG Südwestdeutsche Verkehrs-AG, Lahr

(Stellvertreter für Verwaltungsangestellten Helmut Hackel).

### Mitglieder des Vorstandes:

Techn. Angesteller i.R. Karl-Heinz Fredde, HGK Häfen- und Güterverkehr Köln AG, Köln, Vorsitzender,

Prokurist Dipl.-Kfm. Peter Tinz, EVAG Essener Verkehrs-AG, Essen, stellvertretender Vorsitzender,

Verbandsdirektor Dr. jur. Hans-Peter Ackmann, Köln, hauptamtliches Vorstandsmitglied.

## **Treuhänder / Aktuar**

---

### **Treuhänder (§§ 128–130 VAG 2016)**

Aufgrund der für die Kasse geltenden Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG, §§ 128–130) hat das Kuratorium einen Treuhänder sowie einen Stellvertreter des Treuhänders zur Überwachung des Sicherungsvermögens zu bestellen.

Am 29.08.2014 wurden vom Kuratorium der Kasse

für die Zeit vom 01.01.2015 bis zum 30.06.2016 Herr Dr. jur. Hans-Peter Schiff zum Treuhänder und Herr Axel Discher zum stellvertretenden Treuhänder bestellt sowie

für die Zeit vom 01.07.2016 bis zum 31.12.2017 Herr Axel Discher zum Treuhänder und Herr Dr. jur. Hans-Peter Schiff zum stellvertretenden Treuhänder bestellt.

### **Verantwortlicher Aktuar (§ 141 VAG 2016)**

Aufgrund der für unsere Kasse ebenfalls geltenden Vorschrift des § 141 VAG hat das Kuratorium der Kasse am 29.08.2014

für die Zeit vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2017 Herrn Dipl.-Math. Dr. Richard Herrmann (Aktuariat Heubeck & Partner, Köln) zum Verantwortlichen Aktuar bestellt.

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

### I. Allgemeines

1. Der Vorstand hat die Jahresrechnung in Erfüllung seiner Verpflichtung aus § 58 Abs. 2 der Satzung aufgestellt und legt den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 vor. Der Rechnungsabschluss wurde unter Beachtung der entsprechenden gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Bestimmungen aufgestellt.
2. Die Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen war bis zum 31. Dezember 2005 eine bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Köln; seit dem 1. Januar 2006 ist sie ein Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVAfG), und zwar ein sog. kleinerer VVAfG im Sinne von § 210 des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG 2016), mit Sitz in Köln (§ 1 PK-Satzung). Durch Bescheid der BaFin vom 20. Oktober 2005 ist die Kasse antragsgemäß mit Wirkung zum 1. Januar 2006 zur regulierten Pensionskasse im Sinne von § 118b Abs. 3 VAG (jetzt § 233 VAG 2016) erklärt worden, weil sie eine typische Firmenpensionskasse und kein am allgemeinen Markt tätiges Wettbewerbsunternehmen darstellt.

Die Rechtsverhältnisse der Kasse richten sich nach dem Gesetz zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen vom 5. März 1956, zuletzt grundlegend geändert durch das Gesetz zur Änderung des VAG vom 15. Dezember 2004 (BGBl. 2004 I, Nr. 69, Seite 3416 ff., Seite 3426 f.), und nach der Satzung der Kasse, deren am 1. Januar 2006 geltende Fassung sich aus der Rechtsverordnung des BMF vom 14. Januar 2006 ergibt (BGBl. 2006 I, Nr. 5, Seite 166–205). Zwischenzeitlich sind jedoch umfangreiche Satzungsänderungen in Kraft getreten (vgl. den aus diesem Anlass von der Kasse herausgegebenen vollständigen Neudruck der Satzung, z. Zt. mit Stand vom 1. Januar 2017).

Nach § 2 Abs. 1 der Satzung hat die Kasse den Zweck, die Altersversorgung der Mitarbeiter der beteiligten Arbeitgeber (Verkehrs- und Versorgungsunternehmen) in Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung sicherzustellen.

3. Die Kasse hat folgende Versicherungsabteilungen:

#### Abteilung A:

Altbestand – Versicherungsverhältnisse, die nach dem 30. Juni 1948 und vor dem 1. Januar 2000 erstmals bei der Kasse begründet wurden. Es handelt sich um eine Zusatzversicherung zur gesetzlichen Rentenversicherung.

#### Abteilung A 2000:

Neubestand – Versicherungsverhältnisse, die nach dem 31. Dezember 1999 erstmals bei der Kasse begründet wurden. Es handelt sich um eine Zusatzversicherung zur gesetzlichen Rentenversicherung mit gegenüber Abteilung A abweichenden Versicherungsbedingungen.

#### Abteilung G 1:

Sonderbestand – Rentenverhältnisse der ehemaligen Werkspensionskasse der Essener Verkehrs-AG, die mit Wirkung vom 31. Dezember 1969 übernommen wurden.

#### Abteilung G 2:

Sonderbestand – Versicherungsverhältnisse der ehemaligen Werkspensionskasse der Essener Verkehrs-AG, die mit Wirkung vom 31. Dezember 1969 übernommen wurden.

#### Abteilung H 1:

Rentenverhältnisse der Ruhegeldkasse der Köln-Bonner Eisenbahnen AG (RULO), die mit Wirkung vom 1. Januar 1992 übernommen wurden.

#### Abteilung H 2:

Versicherungsverhältnisse der Ruhegeldkasse der Köln-Bonner Eisenbahnen AG (RULO), die mit Wirkung vom 1. Januar 1992 (nach dem Satzungsrecht der RULO bis 31. Dezember 1991 erworbenen Anwartschaften) übernommen wurden.

#### Abteilung Z 2002:

Neubestand – Versicherungsverhältnisse, die ab dem 1. Januar 2002 erstmals begründet wurden. Es handelt sich um eine Zusatzversicherung zur gesetzlichen Rentenversicherung, die den Zweck hat, einen förderfähigen Durchführungsweg für die ergänzende kapitalgedeckte betriebliche Altersversorgung durch Entgeltumwandlung und sonstige Beiträge nach den Bestimmungen des Altersvermögensgesetzes vom 26. Juni 2001 (in seiner jeweils gültigen Fassung) bereit zu stellen (sog. „Riester-Rente“).

Die Kasse arbeitet in allen Abteilungen nach dem Kapitaldeckungsverfahren. Die von der Kasse zu zahlenden Renten werden aus Beiträgen, die von den Arbeitnehmern und/oder beteiligten Arbeitgebern während der aktiven Dienstzeit der Arbeitnehmer gezahlt wurden, sowie aus den Vermögenserträgen finanziert.

4. Die Kasse ist Mitglied folgender Organisationen:

- a) Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V. (aba),
- b) Verein der Förderer des Instituts für Versicherungswissenschaft an der Uni Köln e.V.

## **Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016**

---

### **II. Vorgänge von besonderer Bedeutung**

1. Wichtigstes Ereignis für unsere Kasse war im Berichtsjahr die ordentliche Hauptversammlung, die am 26.08.2016 in Köln stattgefunden hat. Mit jeweils einstimmigem Votum hat die Hauptversammlung den Jahresabschluss 2015 festgestellt sowie den Mitgliedern des Kuratoriums und den Mitgliedern des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2015 Entlastung erteilt. Ferner hat die Hauptversammlung mit einer Mehrheit von über 90 Prozent umfangreiche Satzungsänderungen beschlossen, die vor allem Versicherungsverhältnisse betreffen, die nach dem 31.12.2016 in den Abteilungen A 2000 und Z 2002 neu begründet werden (u.a. auf 0,90 Prozent abgesenkter Garantiezins und Neuregelung der Witwen- bzw. Witwerversorgung). Diese Satzungsänderungen sind, nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde (BaFin), zum 01.01.2017 in Kraft getreten. Die Kasse hat sodann mit Rundschreiben Nr. 367 vom 02.01.2017 an alle beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretungen einen vollständigen Neudruck der Satzung verschickt, der diese wichtigen Satzungsänderungen (Stand: 01.01.2017) enthält.

Den beteiligten Arbeitgebern und den Arbeitnehmervertretern wurde die Niederschrift über die ordentliche Hauptversammlung vom 26.08.2016, einschließlich des ausführlichen Lageberichts des Vorstandes, durch Rundschreiben Nr. 363 vom 08.09.2016 bekannt gegeben.

2. Das Kuratorium der Kasse ist am 01.07. und am 25.11.2016 zusammengetreten.

Das Kuratorium hat in seiner Sitzung am 01.07.2016 Herrn Dipl.-Kfm. Peter Tinz mit Wirkung zum 01.07.2016 für die Dauer von weiteren drei Jahren zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden bestellt.

Das Kuratorium hat in seiner Sitzung am 25.11.2016

- a) Herrn Dipl.-Ing. Michael Emschermann (VWG, Oldenburg) mit Wirkung zum 01.01.2017 als Nachfolger von Herrn Dietmar Schweizer zum neuen Vorsitzenden des Kuratoriums gewählt, und
- b) Herrn Prokurist Heinrich Lindhorst (OHE, Celle) als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Kuratoriumsmitglieds Dietmar Schweizer mit Wirkung zum 01.01.2017 zum ordentlichen Kuratoriumsmitglied auf Arbeitgeberseite gewählt.

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

### III. Anmerkungen zum Geschäftsjahr 2016

#### 1. Bestandsentwicklung

Am 31.12.2016 betreute die Kasse 16.655 Anwärter/innen und Rentner/innen mit 18.491 Versicherungsverhältnissen; dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr (17.871) einen Zuwachs von 620 Versicherungsverhältnissen (= 3,47 v.H.).

Im Geschäftsjahr 2016 wurden insgesamt 959 (2015: 717) neue aktive Versicherungsverhältnisse begründet, davon 11 in der Abteilung A (durch interne Teilung beim Versorgungsausgleich), 675 in der Abteilung A 2000 (davon 4 durch interne Teilung beim Versorgungsausgleich) und 273 in der Abteilung Z 2002.

Demgegenüber stehen ein Abgang von 129 (2015: 170) aktiven Versicherungsverhältnissen (davon 7 in Abteilung A, 107 in Abteilung A 2000 und 15 in Abteilung Z 2002) sowie ein Übergang von 176 (2015: 212) aktiven Versicherungsverhältnissen (112 aus der Abteilung A, 50 aus der Abteilung A 2000 und 14 aus der Abteilung Z 2002) ins Rentenverhältnis.

203 (2015: 200) Versicherungsverhältnisse (davon 181 in Abteilung A) wurden durch Tod des letzten Rentenberechtigten endgültig abgewickelt.

Eine genaue Übersicht über die Bestandsentwicklung bei den aktiven Mitgliedern und Rentnern ist den Seiten 22 bis 24 dieses Berichts zu entnehmen.

Am 31.12.2016 waren von den an der Kasse beteiligten Arbeitgebern für 105 Arbeitnehmer, die eine Aufnahme in die Kasse verweigert haben, monatlich Abgeltungsbeiträge gemäß § 5 Abs. 1 PK-Satzung in Höhe des regulären Arbeitgeberbeitrags zu zahlen.

#### 2. Beiträge

Die Beitragseinnahmen in den Abteilungen A, A 2000, G 2 und Z 2002 betragen in 2016 insgesamt 16,836 Mio. € (2015: 16,311 Mio. €). Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 524 T€ (= 3,2 v.H.) erhöht.

Außerdem vereinnahmte die Kasse in 2016 knapp 168 T€ (2015: 102 T€) an Abgeltungsbeiträgen nach § 5 Abs. 1 PK-Satzung.

#### 3. Rentenleistungen

Die Renten und einmaligen Kassenleistungen (ohne Schadenregulierungskosten) betragen in 2016 insgesamt 21,371 Mio. € (2015: 21,211 Mio. €). Sie sind gegenüber dem Vorjahr leicht um 160 T€ (= 0,75 v.H.) gestiegen. Eine Gesamtübersicht über die Rentenleistungen ist auf Seite 21 dieses Berichts abgedruckt.

#### 4. Kapitalanlagen

Aus der Aufstellung auf Seite 26 dieses Berichts ergibt sich eine Übersicht über die Entwicklung der Kapitalanlagen.

Der Immobilienanteil an unseren Kapitalanlagen beträgt zum Jahresende 2016 nur noch 2,1 v.H. (2015: 3,5 v.H.); maßgeblich hierfür ist der in 2016 erfolgte Verkauf unserer drei Immobilien in Wesseling.

Die Kasse ist an insgesamt drei Investment-Fonds beteiligt. Dabei handelt es sich um einen größeren Renten-Spezialfonds (LOK 4 bei der DeAM, Buchwert rd. 69,3 Mio. €); bei diesem Spezialfonds gehören der Pensionskasse sämtliche Fondsanteile. Hinzu kommen kleinere Beteiligungen der Kasse an zwei Publikumsfonds, nämlich dem Deka-Convergence Renten CF und dem SEB-Invest High Yield (Buchwerte insgesamt 13,89 Mio. €).

Den Renten-Spezialfonds PK I (Deka) mit einem Buchwert von zuletzt 38,5 Mio. € hat die Kasse nach mehreren Jahren enttäuschender Wertentwicklung und Verlusten im Sommer 2016 mit Wirkung zum 31.10.2016 aufgelöst. Dabei wurde eine stille Reserve von rd. 1,97 Mio. € gehoben. Das ausgekehrte Fondsvermögen von insgesamt 40,47 Mio. € hat die Kasse in ihre Eigenverwaltung genommen und sukzessive in eigenverwaltete festverzinsliche Wertpapiere investiert.

Im Laufe des Jahres 2016 hatte die Kasse bis zu knapp 10 Mio. € in Aktien-ETFs (Dax 30) investiert. Nach entsprechenden Kursanstiegen wurden in zwei Verkaufsaktionen (August und November 2016) jeweils sämtliche ETFs verkauft;

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

dabei wurde ein Gewinn von insgesamt rund 750 T€ realisiert. Angesichts der ab Mitte November 2016 stark steigenden Aktienkurse wurden bis zum Jahresende 2016 keine Aktien-ETFs neu erworben.

Eine Gesamtübersicht über die Entwicklung der Investmentanteile ist auf Seite 30 dieses Berichts abgedruckt. Der Anteil aller Investmentanteile (Gesamtbuchwert: 83,18 Mio. €; 2015: 123,9 Mio. €) an unseren Kapitalanlagen beträgt nur noch 13,2 v.H. zum Jahresende 2016 (2015: 20,4 v.H.).

### 5. Ergebnis des Geschäftsjahrs 2016

Das **Geschäftsjahr 2016** war für die Pensionskasse trotz der weiterhin sehr schwierigen Rahmenbedingungen (ultra-niedriges Zinsniveau), gemessen an der durchschnittlichen Garantiezinsverpflichtung von etwa 3,30 v.H., **im Ergebnis sehr zufriedenstellend**.

Das Gesamtvermögen der Kasse hat sich im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um den Überschuss von 20,48 Mio. € (2015: 12,11 Mio. €; 2014: 15,15 Mio. €) auf insgesamt 640,74 Mio. € erhöht.

Im **Geschäftsjahr 2016** konnten wir (ohne das Sondervermögen G 2) bei einem Nettovermögensertrag von 25,847 Mio. € (2015: 17,803 Mio. €; 2014: 20,953 Mio. €) und einem Durchschnittsvermögen von 610,999 Mio. € (2015: 597,708 Mio. €; 2014: 581,490 Mio. €) **eine überraschend hohe Durchschnittsrendite von 4,23 v.H.** (2015: 2,98 v.H.; 2014: 3,60 v.H.) erreichen; damit wurde der für unsere Verpflichtungen am 31.12.2016 geltende durchschnittliche Garantiezins von etwa 3,30 v.H. sehr deutlich übertroffen.

Die Durchschnittsrendite des Ende 2016 abgelaufenen Drei-Jahres-Zeitraums (2014/2015/2016) liegt damit trotz des sehr schwierigen Zinsumfeldes immerhin bei 3,60 v.H.

Die **stillen Reserven** in den Kapitalanlagen (insbes. in den Immobilien, Investmentfonds und festverzinslichen Wertpapieren) der Kasse (vgl. S. 31 oben) sind im Geschäftsjahr **2016** von 39,94 Mio. € auf 40,55 Mio. € sogar noch leicht gestiegen, obwohl die Kasse infolge des Verkaufs der Immobilien in Wesseling, der Auflösung des Spezialfonds PK I und des gezielten Verkaufs/Rückkaufs eigenverwalteter festverzinslicher Wertpapiere stille Reserven in erheblichem Umfang (ca. 5 Mio. €) gehoben hat. Die stillen Reserven entsprechen jetzt gut 6,4 v.H. (2015: 6,6 v.H.) des Buchwertes aller Kapitalanlagen der Kasse.

Die **wesentlichen Faktoren** für das, gemessen an unseren Zielen, sehr zufriedenstellende Ergebnis des Geschäftsjahrs 2016 (Renditeverbesserung um 1,25 v.H. gegenüber 2015) lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der **durchschnittliche Zinscoupon** aller festverzinslichen Wertpapiere in der Eigenverwaltung der Kasse betrug zum Jahresende 2016 nur noch etwa 3,68 v.H. (2015: 3,81 v.H.; 2014: 3,90 v.H.). Da diese Wertpapiere über 80 v.H. aller Kapitalanlagen der Kasse ausmachen, schlägt der seit Jahren anhaltende Rückgang der Neuanlagen-Verzinsung weiterhin stark auf die noch erzielbare Gesamtrendite durch.

Angesichts der aktuellen Situation an den internationalen Zinsmärkten ist auch mittelfristig mit einem weiteren kontinuierlichen Rückgang der Durchschnittsverzinsung unserer eigenverwalteten festverzinslichen Wertpapiere zu rechnen, weil der erzielbare Zins für die laufend notwendigen Neuanlagen (von derzeit nur etwa 2,0 % im Euro-Bereich) sehr deutlich unter der bisherigen Durchschnittsverzinsung liegt. Sollte der Zins für Neuanlagen noch für längere Zeit auf diesem rekord-niedrigen Niveau verharren, würde die Durchschnittsverzinsung unserer festverzinslichen Wertpapiere in der Eigenverwaltung der Kasse voraussichtlich im Verlauf des Jahres 2019 auf das Niveau des für unsere Verpflichtungen geltenden durchschnittlichen Garantiezinses von dann voraussichtlich etwa 3,25 v.H. (und anschließend darunter) absinken.

Den größten positiven Sondereffekt auf das Jahresergebnis 2016 hatte die vom Vorstand im Dezember 2016 gezielt vorgenommene **Hebung stiller Reserven in den eigenverwalteten festverzinslichen Wertpapieren** der Kasse; hierbei wurden durch Verkauf und anschließenden Rückkauf festverzinslicher Wertpapiere insgesamt 2,6 Mio. € an stillen Reserven gehoben. Durch diese Maßnahme wurde die Durchschnittsrendite des Jahres 2016 um 0,42 v.H. verbessert.

Den zweitgrößten positiven Sondereffekt auf das Jahresergebnis 2016 hatte die bereits erwähnte **Auflösung des Rentenspezialfonds PK I**, die Ende Oktober 2016 wegen enttäuschender Leistungen des Fondsmanagements erfolgte. Bei der Auflösung dieses Fonds wurde eine stille Reserve von 1,97 Mio. € gehoben. Dadurch verbesserte sich die Durchschnittsrendite des Jahres 2016 um 0,32 v.H.

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

Die bereits erwähnte Realisierung von Kursgewinnen durch die vollständige **Veräußerung unserer Aktien-ETFs** (Dax 30) hat 0,75 Mio. € eingebracht; hierdurch hat sich die Durchschnittsrendite des Jahres 2016 um weitere 0,12 v.H. verbessert.

Schließlich ist durch die seit vielen Jahren geplante **Veräußerung unserer drei Immobilien in Wesseling** eine stille Reserve in Höhe von 0,5 Mio. € gehoben worden; hierdurch hat sich die Durchschnittsrendite des Jahres 2016 um weitere 0,08 v.H. verbessert.

In der Summe haben die vier vorgenannten **Sonderfaktoren eine Verbesserung der Durchschnittsrendite des Jahres 2016 um etwa 0,94 v.H. bewirkt**. Ohne diese vier Sonderfaktoren hätte sich also eine immer noch zufriedenstellende Durchschnittsrendite von 3,29 v.H. für das Jahr 2016 ergeben (was dem durchschnittlichen Garantiezins für unsere Verpflichtungen von derzeit 3,30 v.H. sehr nahe gekommen wäre).

Unser **Spezialfonds LOK 4** (DeAM; Buchwert 69,3 Mio. €), der im Jahr 2015 eine leicht negative Wertentwicklung von – 0,14 v.H. zu verzeichnen hatte, konnte im Jahr 2016 einen einigermaßen zufriedenstellenden Wertzuwachs von + 2,92 v.H. aufweisen. Auch wenn dieses Ergebnis unter dem durchschnittlichen Garantiezins der Kasse von etwa 3,30 v.H. lag, konnte der Fonds zu dem insgesamt erfreulichen Jahresergebnis 2016 immerhin beitragen. Im Dezember 2016 wurden aus dem Fonds 1,6 Mio. € ausgeschüttet und anschließend im Fonds wieder angelegt; auf diese Weise konnte der Fonds, in dem immerhin rund 11 v.H. des Gesamtvermögens unserer Kasse liegen, einen Ertrag von etwa 2,3 v.H. liefern. Da der Wertzuwachs des Jahres 2016 nicht in vollem Umfang ausgeschüttet wurde, konnten außerdem die stillen Reserven im Fonds zum Jahresende 2016 auf jetzt wieder 1,4 Mio. € (2015: 1,115 Mio. €; 2014: 1,86 Mio. €) leicht erhöht werden.

Die vorstehenden Ausführungen machen deutlich, wie stark das sehr positive Renditeergebnis des Jahres 2016 durch Sonderfaktoren beeinflusst worden ist, die sich in den Folgejahren gar nicht oder jedenfalls nicht ohne erneute gezielte Maßnahmen wiederholen können.

Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass das Ergebnis des Geschäftsjahres 2016 auch ohne diese Sonderfaktoren zufriedenstellend ist, wenn man die sehr schwierigen Rahmenbedingungen, insbesondere an den internationalen Rentenmärkten, berücksichtigt.

Nachdem auf diese Weise die selbst gesteckten Ziele für das Jahr 2016 und vor allem auch für den Drei-Jahres-Zeitraum 2014/2015/2016 erreicht (und sogar übertroffen) werden konnten, fühlt sich der Vorstand der Kasse in seiner grundsätzlich weiterhin konservativen Anlagepolitik eindrucksvoll bestätigt. An dieser konservativen Anlagepolitik soll deshalb, soweit unter den gegebenen Rahmenbedingungen noch möglich, auch in den nächsten drei Jahren (2017 bis 2019) weiter festgehalten werden.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2016 hat sich nachträglich durch die Mitte April 2017 bekannt gewordenen Ergebnisse des versicherungs-mathematischen Gutachtens der Heubeck AG (zum Stichtag 31.12.2016) noch dadurch weiter verbessert, dass die ermittelte Deckungsrückstellung für unsere Rentenverpflichtungen (ohne Berücksichtigung der pauschalen Verstärkungen) um rund 7 Mio. € niedriger ausgefallen ist als bei Anwendung der Standardformel aus den Stresstests zu erwarten gewesen wäre (vgl. dazu S. 15/16).

### 6. Verwaltungskosten

Die Verwaltungskosten (ohne Kosten der Kapitalanlagen, aber unter Einbeziehung der Schadenregulierungs- und sonstigen Kosten) der Kasse betrugen in 2016 1,195 Mio. € (2015: 1,154 Mio. €; 2014: 1,00 Mio. €; 2013: 1,08 Mio. €); dies entspricht gegenüber dem Vorjahr 2015 einem moderaten Anstieg um 3,5 v.H.

Für jedes im Berichtsjahr betreute Versicherungsverhältnis waren (ohne Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen) durchschnittlich, bei erheblichen Unterschieden zwischen den einzelnen Abteilungen, 63,45 € (2015: 63,25 €; 2014: 56,17 €; 2013: 61,75 €) aufzuwenden, was einem Anstieg um lediglich 0,3 v.H. entspricht.

### 7. Vergütungsstrukturen der Kasse

Die Kasse erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme im Versicherungsbereich uneingeschränkt, die sich aus §§ 25, 34 Abs. 2 VAG 2016 in Verbindung mit der Versicherungsvergütungsverordnung (VersVergV) vom 18.04.2016 ergeben.

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

Die Vergütungen der Arbeitnehmer der Kasse sind durch Tarifvertrag oder arbeitsvertragliche Bezugnahmeklausel auf einen Tarifvertrag (IVÖD-Bund) geregelt, so dass sie nicht unter den Geltungsbereich dieser Vorschriften fallen. Unabhängig davon hat das Kuratorium unserer Kasse im Rahmen der jährlichen Beschlussfassung über den vom Vorstand aufgestellten Haushaltssatz (einschließlich Stellenverzeichnis) die Möglichkeit, sich von der Angemessenheit des Vergütungssystems für die Mitarbeiter/innen zu überzeugen.

Das hierfür zuständige Kuratorium der Kasse hat im Jahr 2013 die Angemessenheit des Vergütungssystems für die Vorstandsmitglieder der Kasse pflichtgemäß überprüft und bei der moderaten Anhebung (Inflationsausgleich) der Vergütungen der nebenamtlichen Vorstandsmitglieder insbesondere die Grundsätze des § 3 Abs. 2 Satz 1 VersVergV beachtet; eine erneute Überprüfung der Vorstandsvergütungen ist für Ende 2017 vorgesehen. Auch mit den beiden nebenamtlichen Vorstandsmitgliedern der Kasse besteht ein schriftlicher Anstellungsvertrag, in dem die Vergütung abschließend geregelt ist. Mit dem hauptamtlichen Vorstand der Kasse bestand schon von je her ein schriftlicher Anstellungsvertrag, in dem auch dessen Vergütung abschließend geregelt ist. Die Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder der Kasse enthalten keine variablen, insbesondere keine erfolgsabhängigen, Vergütungsbestandteile.

Die Vergütung der Kuratoriumsmitglieder wurde entsprechend § 3 Abs. 3 Satz 3 VersVergV zuletzt von der ordentlichen Hauptversammlung 2013 auf der Basis von § 54 Abs. 2 Satz 1 und Satz 2 unserer Satzung mit Wirkung zum 01.01.2014 neu festgesetzt und dabei moderat (Inflationsausgleich) erhöht.

### 8. Erfüllung der Solvabilitätsanforderungen zum 31.12.2016

Für die Geschäftsjahre 2012, 2013 und 2014 hatte die Kasse die gesetzlichen und die (etwas strenger) satzungsmäßigen Solvabilitätsanforderungen voll erfüllt, für das Geschäftsjahr 2015 zumindest die gesetzlichen Solvabilitätsanforderungen, ohne noch auf die Anerkennung stiller Reserven als sog. Eigenmittel B angewiesen zu sein.

Bezüglich der Erfüllung der **Solvabilitätsanforderungen zum 31.12.2016** ergibt sich Folgendes:

Die vollständige Erfüllung der satzungsmäßigen Solvabilitätsanforderungen setzt Eigenmittel in Höhe von 4,5 v.H. der Deckungsrückstellung (für die Verpflichtungen der Kasse gegenüber ihren Rentnern und Anwärtern) voraus. Die Höhe der Deckungsrückstellung wird wegen des damit verbundenen erheblichen Zeit- und Kostenaufwands nur alle drei Jahre durch ein externes versicherungsmathematisches Gutachten berechnet.

Turnusgemäß ist die Deckungsrückstellung im April 2017 von der Heubeck AG zum Stichtag 31.12.2016 neu berechnet worden. Zu dem dabei errechneten Wert von 593.376.843,00 € kommen die bereits im Jahr 2014 vorgenommene pauschale Verstärkung der Deckungsrückstellung in Höhe von 7.135.715,94 € sowie die jetzt im Jahr 2017 (aus den in den Jahren 2014 bis 2016 erwirtschafteten Überschüssen) vorgenommene weitere pauschale Verstärkung der Deckungsrückstellung in Höhe von 11.896.597,12 €; insgesamt ergibt sich daraus die in unserer Bilanz (S. 27) ausgewiesene Deckungsrückstellung in Höhe von 612.409.156,05 € zum 31.12.2016.

Bei einer Deckungsrückstellung (inkl. der beiden Verstärkungen) in Höhe von 612,409 Mio. € ergibt sich zum 31.12.2016 eine volle satzungsmäßige Verlustrücklage (4,5 v.H.) von 27.558 Mio. €. Die zum 31.12.2016 tatsächlich vorhandene Verlustrücklage entspricht diesem Betrag.

Damit werden sowohl die satzungsmäßigen als auch die etwas weniger strengen gesetzlichen Solvabilitätsanforderungen, die von der Heubeck AG nach der vorgeschriebenen Formel auf 25.808.711,00 € errechnet wurden, zum 31.12.2016 voll erfüllt.

### 9. Risikomanagement (§ 26 i.V.m. §§ 234 u. 212 VAG 2016)

#### a) Rechtliche Rahmenbedingungen

Seit dem 01.01.2016 hat die Kasse bezüglich des Risikomanagements die Anforderungen zu erfüllen, die sich aus § 26 Abs. 1 und Abs. 5 VAG 2016 ergeben; aus den wegen der verwirrenden Verweisungstechnik sehr schwer nachvollziehbaren §§ 233, 234 und 212 bis 216 VAG 2016 ergibt sich, dass die meisten anderen Vorschriften zum Risikomanagement (§§ 26 bis 31 VAG 2016) auf unsere (regulierte) Pensionskasse keine Anwendung finden. Von dem Erfordernis einer internen Revision (§ 30 VAG 2016) ist unsere Kasse weiterhin nach § 234 Abs. 2 Satz 4 VAG 2016 befreit.

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

Die umfassende, rund 60-seitige Dokumentation unseres Risikomanagements ist in den Jahren 2011 und 2012 in einem sehr personal- und kostenintensiven Prozess erarbeitet worden. Sie besteht aus detaillierten Beschreibungen der Geschäfts- und Risikostrategie, der Aufbauorganisation, des internen Steuerungs- und Kontrollsystems, der Ablauforganisation und einer Vermögensanlagerichtlinie. Die Dokumentation ist der Aufsichtsbehörde (BaFin) Ende Februar 2012 vorgelegt worden. Mit Schreiben der BaFin vom 29.03.2012 ist diese Dokumentation grundsätzlich akzeptiert worden.

Im Verlauf des Jahres 2015 wurde die Dokumentation unseres Risikomanagements aktualisiert, insbesondere im Hinblick auf geänderte Abläufe, die im Zusammenhang mit der inzwischen vollständig erneuerten IT-Software stehen. Im April 2017 wurde die Dokumentation erneut auf zwischenzeitliche Änderungen hin überprüft und, soweit erforderlich, aktualisiert.

Die Vermögensanlagerichtlinie wird jährlich im Januar/Februar neu erstellt und dabei an die aktuellen Finanzmarktverhältnisse, Notwendigkeiten und Investmentabsichten des Vorstands angepasst. Aktuell gilt die Anlagerichtlinie 2017 vom 19.01.2017, die der Aufsichtsbehörde (BaFin) mit Schreiben vom 08.02.2017 vorgelegt worden ist.

### b) Organisatorisches

Die Verantwortung für das Gesamtrisikomanagement und für das Risikomanagement der Kapitalanlagen liegt bei den drei Vorstandsmitgliedern der Kasse. Grundsätzliche Fragen werden in den jährlich etwa zehn Vorstandssitzungen beraten und gemeinsam entschieden. Innerhalb des vom Gesamtvorstand gemeinsam beschlossenen Rahmens liegt die Verantwortung beim hauptamtlichen Vorstand, der, gemeinsam mit dem jeweils zuständigen Abteilungsleiter, das gesamte Tagesgeschäft der Kasse zu verantworten hat. Innerhalb der Kassengeschäftsstelle obliegt für ihren jeweiligen Aufgabenbereich die Risikoerfassung und Risikobewältigung den vier Abteilungsleitern als Prozessverantwortlichen.

Bezüglich der Kapitalanlagen trifft ausnahmslos sämtliche Anlageentscheidungen, sofern sie nicht sogar vom Gesamtvorstand der Kasse beschlossen werden, der hauptamtliche Vorstand der Kasse. Der Gesamtvorstand legt nach entsprechender Beratung bis Ende Februar jeden Jahres der Aufsichtsbehörde (BaFin) die vorgeschriebene Erklärung der Kasse über die Grundsätze ihrer Anlagepolitik im laufenden Jahr vor. Der Gesamtvorstand legt sodann in seinen jährlich etwa zehn Sitzungen nach Diskussion der aktuellen Aktien- und Rentenmarktsituation jeweils die groben Rahmenbedingungen für die Neuanlagen der nächsten Wochen fest (z.B. bezüglich bevorzugter Laufzeiten, Papierart, Papierqualität, angestrebter Mindestrendite und Emittentenstreung). Bei der konkreten Neuanlage freigewordener Gelder in eigenverwalteten festverzinslichen Wertpapieren der Kasse werden im Rahmen dieser Vorgaben die Anlageentscheidungen auf der Basis eingeholter Angebote mehrerer Banken, mit denen die Kasse seit langem zusammenarbeitet, vom hauptamtlichen Vorstand im Beisein des Abteilungsleiters Rechnungswesen getroffen und entsprechend dokumentiert. In der jeweils folgenden Sitzung des Gesamtvorstands der Kasse unterrichtet der hauptamtliche Vorstand unter Vorlage entsprechender Listen jeweils über die getätigten Anlagen, die der Gesamtvorstand dann in aller Regel zustimmend zur Kenntnis nimmt. Auch in den halbjährlichen Sitzungen des Kuratoriums der Kasse wird anhand entsprechender Listen über die vom Vorstand getätigten Neuanlagen in eigenverwalteten festverzinslichen Wertpapieren bzw. Aktien (ETFs) berichtet.

Bei den extern verwalteten Kapitalanlagen in Spezialfonds oder Publikumsfonds erfolgt zusätzlich ein Risikomanagement durch die den Fonds verwaltende Kapitalanlagegesellschaft und den durch diese beauftragten Fondsmanager. Bei dem Spezialfonds gehören alle drei Vorstandsmitglieder der Kasse dem Anlageausschuss an, der im Januar und Juli jedes Jahres zu jeweils halbtägigen Sitzungen zusammentritt und die Entwicklungen an den Aktien- und Rentenmärkten sowie die Entwicklung und Ausrichtung des Spezialfonds selbst intensiv berät. Bei dem Spezialfonds hat die Kasse dem Fondsmanagement konkrete Vorgaben zur Vermeidung von Buchwertverlusten gemacht (Stop-loss-Marken). Über die Ergebnisse des Spezialfonds wird halbjährlich in seinen Sitzungen auch das Kuratorium unterrichtet.

Über den relativ seltenen Kauf oder Verkauf von Immobilien der Kasse entscheidet stets der Gesamtvorstand. Die größeren Immobilien der Kasse werden von externen Hausverwaltungen betreut, die wiederum jährlich durch einen von der Kasse beauftragten Wirtschaftsprüfer geprüft werden. Die jeweiligen Prüfungsberichte erhalten alle Vorstandsmitglieder der Kasse. Die wesentlichen Ergebnisse der Prüfungsberichte und ggf. notwendige Maßnahmen werden jährlich vom Vorstand in der auf die Vorlage der Berichte folgenden Sitzung beraten.

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

Zusätzliche externe organisatorische Elemente des Risikomanagements sind die jährliche Abschlussprüfung durch den Wirtschaftsprüfer der Kasse, das alle drei Jahre durch einen externen Versicherungsmathematiker zu erstattende versicherungs-mathematische Gutachten sowie die Versicherungsaufsicht durch die BaFin (inklusive der vierteljährlichen Stress-Tests).

### c) Risikokategorien

Der Geschäftsbetrieb einer Pensionskasse birgt verschiedenartige Risiken, die sich in die nachfolgenden Kategorien unterteilen lassen.

#### aa) Globale Risiken

Die unter „globale Risiken“ fallenden Faktoren liegen nicht im Einflussbereich der Kasse und lassen sich daher nur sehr begrenzt reduzieren bzw. vermeiden. Globale Risiken können unter anderem aus Änderungen der politischen, weltökonomischen oder rechtlichen Rahmenbedingungen resultieren. Solche „globalen Risiken“ müssen so früh wie möglich erkannt und durch interne sowie externe Kommunikation, u.a. mit dem Wirtschaftsprüfer, mit den Geschäftsbanken der Kasse, mit anderen Versorgungseinrichtungen vergleichbarer Art und mit der Aufsichtsbehörde, bei künftigen Entscheidungen berücksichtigt werden.

#### bb) Versicherungstechnische Risiken

Versicherungstechnische Risiken setzen sich in erster Linie aus Prämien- und Reserverisiken sowie aus biometrischen Risiken (Alters-, Erwerbsunfähigkeit- und Hinterbliebenenrente) zusammen. Die Risiken im versicherungstechnischen Bereich werden über einen unabhängigen Dritten (Heubeck AG) alle drei Jahre im versicherungs-mathematischen Gutachten erfasst und ermittelt sowie anschließend von den Fachleuten der BaFin überprüft.

Die Berechnungen erfolgen nach versicherungs-mathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der für die einzelnen Abteilungen der Kasse geltenden Technischen Geschäftspläne. Die Angemessenheit der in unseren Tarifwerken zugrunde gelegten Lebenserwartungen wird angesichts des anhaltenden Anstiegs der allgemeinen Lebenserwartung regelmäßig überprüft. Erforderlichenfalls werden in Abstimmung mit unserem Verantwortlichen Aktuar die notwendigen Anpassungsmaßnahmen getroffen (so wurden die Rechnungsgrundlagen der Kasse schon in dem versicherungs-mathematischen Gutachten zum 31.12.2007 auf die neuen Generationentafeln RT 2005 G umgestellt). Nach unserer Einschätzung wird die Finanzierung der verlängerten Lebenserwartung auch künftig erhebliche Mittel binden. Der Wiederanstieg des durchschnittlichen Renteneintrittsalters, zu dem es aufgrund der entsprechenden Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung auch bei uns in den nächsten Jahren kommen wird, wird hierfür nur einen Teilausgleich schaffen können.

Auf Verlangen der Aufsichtsbehörde (BaFin) haben wir im Rahmen des drittletzten versicherungs-mathematischen Gutachtens (zum Stichtag 31.12.2010) eine risikogerechtere Adjustierung der biometrischen Rechnungsgrundlagen nach Maßgabe der Rentenhöhen gewichteten Auswertung und unter Festsetzung ausreichender Sicherheitszuschläge vorgenommen.

Das Prämienrisiko der Kasse ist gering. Die Beitragseinnahmen sind wegen der zugrunde liegenden tarifvertraglichen Verpflichtungen, denen sich weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer entziehen können, seit vielen Jahren stabil. Ein Einbruch bei der Neuführung von versicherten Arbeitnehmern ist nicht zu verzeichnen, so dass auch für die nächsten Jahre mit stabilen, jährlich in etwa um die Inflationsrate steigenden Beitragseinnahmen gerechnet werden kann (soweit nicht sogar Sondereffekte, wie etwa der einmalige starke Zuwachs an Versicherungsverhältnissen, zu höheren Steigerungen der Beitragseinnahmen führen). Das Geschäft mit Einmalbeiträgen betreibt unsere Kasse nicht.

Die gesetzlichen Solvabilitätsanforderungen hat unsere Kasse zum 31.12.2009 erstmals voll erfüllt (wenn auch unter Berücksichtigung der anerkannten Eigenmittel B in Form von stillen Reserven in unseren Immobilien). In den Folgejahren hat unsere Kasse sowohl die gesetzlichen als auch die (etwas strengeren) satzungsmäßigen Solvabilitätsanforderungen erfüllt. Auch zum 31.12.2016 hat unsere Kasse die gesetzlichen und satzungsmäßigen Solvabilitätsanforderungen erfüllt (vgl. Seite 10).

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

### cc) Kapitalanlagerisiken

Kapitalanlagerisiken trägt die Kasse durch eine den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen genügende, gezielte Mischung und Streuung ihrer Kapitalanlagen Rechnung. Der klare Anlageschwerpunkt liegt hierbei seit Jahrzehnten unverändert im Bereich möglichst wenig risikobehafteter Anlagearten. Entsprechend hoch ist der Anteil an festverzinslichen Wertpapieren mit guter Bonität (Investmentgrade). Angesichts der seit vielen Jahren anhaltenden Niedrigzinsphase am Kapitalmarkt war die rückläufige Entwicklung unserer Kapitalverzinsung deshalb unvermeidlich. Für die nähere Zukunft rechnen wir auch noch nicht mit einem starken Wiederanstieg des Zinsniveaus bei hochwertigen Rentenpapieren. Durch die bereits zum 01.01.2007 auf Initiative des Vorstands unserer Kasse in Kraft getretene Absenkung des Garantiezinses für unser Neugeschäft (auf 2,25 v.H.) und für den Altbestand (auf 3,0 v.H.) haben wir im Rahmen des seinerzeit rechtlich Möglichen auf der Verpflichtungsseite die notwendigen Konsequenzen gezogen. Eine nochmalige Absenkung des Garantiezinses für das Neugeschäft (auf 0,90 v.H.) haben wir mit den entsprechenden Beschlüssen der Hauptversammlung 2016 zum 01.01.2017 vollzogen. Angesichts der langjährigen Niedrigzinsphase halten wir auch eine erneute Absenkung des Garantiezinses für Alt-Versicherungsverhältnisse, die vor dem 01.01.2007 begründet worden sind, auf 2,25 v.H. für erforderlich, soweit es um künftige Beitragszahlungen ab dem 01.01.2018 geht; entsprechende Satzungsänderungsbeschlüsse für unsere Abteilungen A, A 2000 und Z 2002 sind für die Hauptversammlung 2017 in Vorbereitung.

In den nächsten Jahren sehen wir für die Bestände an festverzinslichen Wertpapieren Wertverlustrisiken, die sich aus der mittelfristig zunehmenden Inflationsgefahr ergeben (geschürt durch ein nach 1948 einmaliges Maß an weltweiter Staatsverschuldung und eine seit mehreren Jahren extrem lockere Geldpolitik der führenden Notenbanken, deren Ende sich bisher allenfalls in ersten vorsichtigen Schritten der U.S. Fed abzeichnet). Kurzfristig scheinen die Inflationsgefahr und das Risiko eines kräftigen Zinsanstiegs wegen der immer noch recht schwachen Konjunktur gerade in Europa aber noch klein zu sein.

Wir würden den hier mittel- und langfristig drohenden Abschreibungsbedarf, der allerdings nur zu einem vorübergehenden Bilanzverlust führen würde, gerne durch Anlagen mit möglichst überschaubaren Laufzeiten von bis zu 10 Jahren in Grenzen halten. Aktuell müssen wir jedoch bei der Neuanlage in aller Regel Laufzeiten von 20 bis 30 Jahren in Kauf nehmen, um mit Rentenpapieren (in Euro) guter oder wenigstens befriedigender Qualität im Durchschnitt überhaupt noch eine Mindestrendite von über 2,0 v. H. zu erzielen. Der Vorstand der Kasse hat sich vor diesem Hintergrund bereits im Februar 2012 entschlossen, abweichend von der früheren Kassenpraxis hierfür geeignete festverzinsliche Wertpapiere (insbes. Staatsanleihen und Pfandbriefe, mglw. auch Bankschuldverschreibungen) nicht mehr dem Umlauf-, sondern dem Anlagevermögen zuzuordnen; dies erfolgt vorerst bei Neuanlagen, könnte später eventuell aber auch auf Rentenpapiere im Bestand erstreckt werden. Die Kasse wird durch diese Maßnahme den Abschreibungsbedarf bei festverzinslichen Wertpapieren in den nächsten Jahren voraussichtlich reduzieren können (weil Anlagevermögen nur bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen abgeschrieben werden muss). Außerdem investiert die Kasse schon seit dem Jahr 2010 verstärkt in Namenspapiere und Schuldscheindarlehen, bei denen Zinsniveauerhöhungen sich bilanziell nicht negativ auswirken.

Stärker verlustbedrohte Anlageformen sind im Anlagebestand der Kasse traditionell sehr deutlich untergewichtet. Bestandsgefährdende Risiken sind damit so weit wie möglich ausgeschlossen. Aufgrund der in den letzten Jahren immer mehr reduzierten stillen Reserven in den Spezialfonds der Kasse hatte sich der Vorstand der Kasse im Januar 2011 entschlossen, auf eine Investition in Aktien auf absehbare Zeit zu verzichten. Angesichts des aktuell ultra-niedrigen Zinsniveaus hat sich der Vorstand der Kasse dann aber im Januar 2015 dazu entschlossen, im Verlauf des Jahres 2015 in kleinen Schritten wieder in Aktien zu investieren; dies ist, nicht zuletzt aus Kostengründen über ETFs, im Jahr 2016 in einem Volumen von bis zu 10 Mio. € erfolgt. Die sich daraus im Falle eines deutlichen Rückschlags an den Aktienmärkten ergebenden Verlustrisiken sind überschaubar und angesichts der hohen stillen Reserven der Kasse auch verkraftbar. Im Verlauf des Jahres 2017 soll dieses ETF-Engagement im Aktiengeschäft bei günstigen Kaufkursen auf bis zu 20 Mio. € ausgeweitet werden.

Nennenswerte Währungsrisiken bestanden bei unserer Kasse bis Ende 2014 nicht. Im Hinblick auf das Prinzip der kongruenten Währungsdeckung nach der Anlageverordnung wurden vereinzelte Währungsrisiken in den einzelnen Vermögensanlageklassen weitgehend abgesichert. Angesichts des aktuell insbesondere im Euro-Raum ultra-niedrigen Zinsniveaus hat sich der Vorstand der Kasse im Verlauf des Jahres 2015 dazu entschlossen, in 2015 in einem Volumen von maximal 30 Mio. € Fremdwährungsanleihen (insbesondere in US-Dollar und evtl. in Austral-Dollar) zu erwerben, weil zum einen in diesen Währungsbereichen das Zinsniveau nennenswert höher ist und zum anderen angesichts der durch die EZB gezielt herbeigeführten Euro-Abwertung auch noch mit eventuellen Währungsgewinnen gerechnet werden kann. Dieses Engagement, insbesondere in US-Dollar-Anleihen, wurde

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

wegen der weiterhin bestehenden Renditevorteile im Laufe des Jahres 2016 auf 50 Mio. € ausgeweitet; in den ersten vier Monaten des Jahres 2017 haben wir unsere Anlagen in US-Dollar auf insgesamt 63 Mio. € ausgeweitet und zusätzlich australische Staatsanleihen (in Austral-Dollar) im Wert von 5,8 Mio. € erworben. Das hier liegende Währungsrisiko wird laufend überwacht, ist überschaubar und angesichts der hohen stillen Reserven der Kasse auch verkraftbar.

Bonitätsrisiken können sich aus dem Leistungsausfall von Zins- und/oder Tilgungsleistungen bzw. einer Änderung in der Bonität unserer Schuldner ergeben. Diesem Risiko begegnen wir beim Wertpapiererwerb durch traditionell hohe Anforderungen an die Bonität unserer Schuldner und durch breite Streuung der Anlagen. Im Rahmen jeder Anlageentscheidung kommen der Bonitätsbeurteilung sowie der Zugehörigkeit des Schuldners zu einem Einlagen-sicherungssystem wesentliche Bedeutung zu. Um die Bonitäts- und Klumpenrisiken zu reduzieren, ist über die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung hinaus die Volumengrenze für Kapitalanlagen bei einem Schuldner intern deutlich unterhalb der aufsichtsrechtlichen Anforderungen festgesetzt worden.

Ungeachtet dieser Vorsichtsmaßnahmen lassen sich Bonitätsrisiken leider nicht vollständig ausschließen, wie man insbesondere in den Jahren 2010 und 2011 an den zuvor als ausfallsicher geltenden Staatsanleihen von Ländern wie Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien („PIIGS“-Länder) hat sehen können. Seit dem Jahr 2013 haben sich die Anleihen dieser Länder aufgrund der massiven Stützungsmaßnahmen der EZB, der nationalen Reformanstrengungen und der leicht verbesserten Wirtschaftsentwicklung jedoch erholen können. In diesem Bereich konnten daher nicht nur neue Verluste vermieden, sondern sogar erhebliche stillen Reserven aufgebaut werden.

Besonders hohe Risiken, die sich aus Derivaten oder Instrumenten von vergleichbarer Komplexität ergeben könnten, bestehen bei unserer Kasse nicht.

Rückversicherungsgeschäfte setzt unsere Kasse zur Riskikominderung nicht ein.

Liquiditätsrisiken bestehen bei unserer Kasse für die überschaubare Zukunft nicht. Stabilen Beitragseinnahmen von jährlich jetzt etwa 17 Mio. € und hinreichend gesicherten Kapitalerträgen von jährlich etwa 20 Mio. € stehen lediglich Leistungsverpflichtungen (insbesondere Renten) in Höhe von jährlich etwa 21,5 Mio. € gegenüber. Die Planung der Liquiditätszuflüsse und -abflüsse, sowohl für den Versicherungsbetrieb als auch für die Vermögensanlage, wird regelmäßig erstellt und stellt sicher, dass unsere Kasse jederzeit die erforderlichen Auszahlungen leisten kann.

### dd) Operationale Risiken

Unter den Begriff „operationale Risiken“ werden solche Risiken zusammengefasst, die aufgrund von Mängeln von Systemen und Prozessen, menschlichem oder technischem Versagen, Rechtsrisiken aus unzureichenden vertraglichen Vereinbarungen sowie externen Ereignissen zu direkten materiellen oder immateriellen Verlusten führen können.

Risiken aus fehlerhaften Abläufen werden durch klare Arbeitsanweisungen und laufende interne Kontrollen minimiert. Schreiben mit rechtsverbindlichem Charakter werden, auch wenn sie von den Sachbearbeitern entworfen wurden, stets vom zuständigen Abteilungsleiter und dem hauptamtlichen Vorstand (bei dessen Urlaubsabwesenheit von einem der nebenamtlichen Vorstände) kontrolliert und unterschrieben.

Für Rechtsrisiken aus unzureichenden vertraglichen Vereinbarungen gab es zumindest in den vergangenen 20 Jahren bei der Kasse keinerlei Anhaltspunkte.

Zur Datensicherung finden regelmäßig Back-up-Verfahren statt. Die Vertraulichkeit der gespeicherten Daten und Informationen ist gewährleistet, der externe Zugriff auf das IT-Netz unserer Kasse so gut wie möglich unterbunden. Für die Systeme und Daten bestehen klar definierte Zugriffsberechtigungen.

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

### IV. Sonstiges

#### 1. Zu- und Abgänge beteiligter Arbeitgeber

Der Pensionskasse ist im Geschäftsjahr 2016 ein Arbeitgeber neu beigetreten.

Die Transdev Mitteldeutschland GmbH ist mit Wirkung zum 01.07.2016 als beteiligter Arbeitgeber beigetreten. Der Beitritt ist zunächst auf diejenigen Arbeitnehmer beschränkt, die aufgrund ihres unmittelbar vorhergehenden Arbeitsverhältnisses bei einem anderen Arbeitgeber bereits Mitglied der Pensionskasse in der Abteilung A 2000 sind.

Aus der Pensionskasse sind im Geschäftsjahr 2016 zwei beteiligte Arbeitgeber ausgeschieden:

- a) Die Transdev Service GmbH zum 30.06.2016,
- b) die Nordbus GmbH durch Verschmelzung auf die Verkehr und Wasser GmbH zum 07.09.2016, die ihrerseits an der Kasse beteiligt ist.

#### 2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres 2016

##### a) Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung 2017

Nach § 44 Abs. 2 der PK-Satzung hat die Pensionskasse innerhalb der ersten acht Monate eines jeden Geschäftsjahrs die ordentliche Hauptversammlung abzuhalten. Zur ordentlichen Hauptversammlung 2017 hat der Vorstand mit Rundschreiben Nr. 368 vom 01.02.2017 für den 25.08.2017 nach Köln (Vorbesprechungen am 24.08.2017) unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen.

##### b) Stress-Test zum 31.12.2016

Aufgrund der Vorschriften des Versicherungsaufsichtsgesetzes haben wir seit dem Jahr 2006 regelmäßig sog. „Stress-Tests“ für unsere Kapitalanlagen durchzuführen. Die „Stress-Tests“ simulieren nach Maßgabe von vier fiktiven Szenarien, welche die Aufsichtsbehörde (BaFin) vorgibt, mögliche negative Entwicklungen an den Aktien-, Renten- und Immobilienmärkten. Der Aufsichtsbehörde (BaFin) dienen die Ergebnisse dieser „Stress-Tests“ als einer von mehreren Frühwarnindikatoren im Rahmen eines Krisen-Früherkennungssystems. Mit den „Stress-Tests“ soll zugleich die Risikotragfähigkeit der Pensionskasse bewertet werden. Hierbei spielen u.a. die Höhe der stillen Reserven in den Vermögensanlagen und die Eigenmittelausstattung eine wichtige Rolle. Je höher die Risikotragfähigkeit ist, desto risikoreicher darf die Kapitalanlagepolitik sein (und umgekehrt).

Entsprechend ihrer rechtlichen Verpflichtung hat die Kasse einen „Stress-Test“ zum Stichtag 31.12.2016 vorgenommen und dessen Ergebnisse der Aufsichtsbehörde mitgeteilt.

Im Vergleich mit den relativ schlechten Ergebnissen des letztjährigen „Stress-Tests“ zum Stichtag 31.12.2015, sind die Ergebnisse der vier Stress-Test-Varianten zum Stichtag 31.12.2016 deutlich besser ausgefallen. In der Test-Variante, die einen 10-prozentigen Verlust an den Rentenmärkten simuliert, ist unsere weiterhin bestehende Unterdeckung immerhin deutlich von 11,413 Mio. € (2015) auf 6,331 Mio. € (2016) gesunken. Auch in den anderen drei Test-Varianten haben sich die Ergebnisse gegenüber dem Vorjahr um 5,4 bis 5,8 Mio. € verbessert.

##### c) Ergebnisse des versicherungs-mathematischen Gutachtens zum 31.12.2016/ keine Anhebungen der Renten und Anwartschaften zum 01.01.2018 in den Abteilungen A, A 2000 und Z 2002

Am 18.04.2017 sind der Kasse die wesentlichen Ergebnisse des im vorgeschriebenen Drei-Jahres-Turnus erstatteten versicherungsmathematischen Gutachtens der Heubeck AG übermittelt worden; das vollständig ausformulierte Gutachten wird erst Mitte Mai vorliegen.

Die danach zum 31.12.2016 für alle Abteilungen unserer Kasse insgesamt erforderliche Deckungsrückstellung (inkl. einer zusätzlichen Verwaltungskostenrückstellung für die Abteilung Z 2002) beträgt 612.409.156,05 €; hiervon entfallen 7.135.715,94 € auf eine vom Vorstand der Kasse auf dringende Empfehlung der Aufsichtsbehörde BaFin bereits im Jahr 2014 beschlossene pauschale Verstärkung der Deckungsrückstellung; weitere 11.896.597,11 € hiervon entfallen auf eine vom Vorstand der Kasse jetzt beschlossene weitere pauschale Verstärkung der Deckungsrückstel-

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

lung, die im Hinblick auf die erheblichen Zukunftsrisiken erfolgt, die sich aus der andauernden Niedrigzinsphase ergeben („Zinszusatzreserve“); insgesamt beträgt die pauschale Verstärkung der Deckungsrückstellung damit jetzt 19.032.313,05 €.

Die auf diese neue Deckungsrückstellung nach § 55a der PK-Satzung zu bildende Verlustrücklage (4,5 v.H. der Deckungsrückstellung) beläuft sich auf 27.558.412,03 €.

Das zum 31.12.2016 vorhandene Gesamtvermögen der Kasse von 640.744.778,08 € liegt um 777.210,00 € über der Summe aus der neuen Deckungsrückstellung und der neuen Verlustrücklage von (612.409.156,06 € plus 27.558.412,03 € =) 639.967.568,09 €. Dieser Überschuss soll für eine Anhebung der Renten und Anwartschaften zum 01.01.2018 in den Abteilungen G 1, G 2, H 1 und H 2 verwendet werden. Aufgrund der teilweise recht hohen Überschüsse in diesen vier Abteilungen, die jeweils eine relativ kleine Versichertenzahl (überwiegend handelt es sich um Rentner) aufweisen, schlägt der Vorstand dem Kuratorium und der ordentlichen Hauptversammlung 2017 vor, die Anwartschaften und Renten zum 01.01.2018 wie folgt anzuheben:

Abt. G 1	12,0 %	Abt. H 1	10,0 %
Abt. G 2	8,0 %	Abt. H 2	2,0 %.

Ein entsprechender Anhebungsbeschluss unserer Hauptversammlung bedürfte dann noch gemäß § 57 Abs. 3 Satz 4 der PK-Satzung der Unbedenklichkeitserklärung der Aufsichtsbehörde (BaFin), mit der wir rechnen können.

Anhebungen der Anwartschaften und Renten in den Abteilungen A 2000 und Z 2002 kommen demgegenüber von vornherein nicht in Betracht, weil die neue Deckungsrückstellung zuzüglich der Verlustrücklage (von 4,5 v.H.) hier höher ist als das Gesamtvermögen der Abteilung, so dass aktuell noch eine für relativ junge Abteilungen nicht ungewöhnliche Unterdeckung in Höhe von 3,63 Mio. € in Abteilung A 2000 und von knapp 1,1 Mio. € in Abteilung Z 2002 vorliegt.

In der Abteilung A wäre demgegenüber ein Überschuss von knapp 17,9 Mio. € vorhanden. In Höhe von rund 5,3 Mio. € kann dieser jedoch nicht ausgeschüttet werden, weil er zur Abdeckung der in den Abteilungen A 2000 und Z 2002 noch bestehenden Unterdeckungen sowie zur Abdeckung der zusätzlichen Verwaltungskostenrückstellung für die Abteilung Z 2002 benötigt wird. Der verbleibende Überschuss von rund 12,57 Mio. €, der eine Anhebung der Anwartschaften und Renten in der Abteilung A um maximal 2,78 v.H. zum 01.01.2018 erlauben würde, wurde im Hinblick auf die sich aus der langjährigen Niedrigzinsphase ergebenden Risiken zur pauschalen Verstärkung der Deckungsrückstellung herangezogen.

Eine solche Verstärkung der Deckungsrückstellung hatte schon im Jahr 2014 die Aufsichtsbehörde (BaFin) dem Vorstand der Kasse dringend empfohlen, um die langfristige Erfüllbarkeit der Verpflichtungen in der Abteilung A zu sichern. Da sich die mittel- und langfristigen Risiken im Verlauf der letzten drei Jahre nicht verringert, sondern erhöht haben, hat der Vorstand jetzt eine weitere pauschale Verstärkung der Deckungsrückstellung beschlossen; es ist davon auszugehen, dass die Aufsichtsbehörde (BaFin) diese Maßnahme in Kürze genehmigen wird.

Der Vorstand hat diese Sicherungsmaßnahme ergriffen, weil die durchschnittliche Garantieverzinsung in der Abteilung A noch immer 3,385 v.H. beträgt und künftig nur sehr langsam sinken wird. Die Erzielung einer jährlichen Vermögensrendite in dieser Höhe ist angesichts der mittlerweile seit vielen Jahren andauernden Niedrigzinsphase eine extreme Herausforderung, so dass entsprechende Sicherungsmaßnahmen für die Zukunft angezeigt erscheinen. Infolge dessen entfällt eine Anhebung der Anwartschaften und Renten in der Abteilung A zum 01.01.2018. Der Vorstand der Kasse legt Wert auf die Feststellung, dass der zur pauschalen Verstärkung der Deckungsrückstellung (sowie der darauf entfallenden Verlustrücklage) herangezogene Betrag von rund 12,5 Mio. € für die Versicherten der Abteilung A nicht „verloren“ ist, sondern aus sehr guten Gründen jetzt als weiteres Sicherheitspolster für die Zukunft der nächsten etwa 50 bis 60 Jahre zurückgelegt wurde, in denen noch Renten aus der Abteilung A zu zahlen sein werden.

### d) Wichtige Änderungen des Betriebsrentenrechts zum 01.01.2018

Bereits durch das Gesetz zur Umsetzung der EU-Mobilitäts-Richtlinie vom 21.12.2015 (BGBl I 2015, Nr. 55, Seite 2553 ff.) hat der Gesetzgeber einige wichtige Änderungen des Betriebsrentenrechts (BetrAVG) vorgenommen, die allerdings erst zum 01.01.2018 in Kraft treten werden.

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

So werden insbesondere für Neuzusagen ab dem Jahr 2018 die Unverfallbarkeitsvoraussetzungen deutlich herabgesetzt: Die Mindestdauer des Bestehens der Versorgungszusage wird von bislang fünf Jahren auf nur noch drei Jahre reduziert, außerdem die heute geltende Altersgrenze für den Arbeitnehmer von 25 Jahren auf 21 Jahre herabgesetzt. Künftig wird daher in aller Regel nach drei Jahren eine Altersversorgungszusage unverfallbar sein (u.a. mit der Rechtsfolge, dass eine Beitragserstattung im Falle des Ausscheidens nicht mehr in Betracht kommt).

Bedeutsam ist ferner die Ausweitung der Auskunftspflichten des Arbeitgebers bzw. des Versorgungsträgers gegenüber den versicherten Arbeitnehmern (neuer § 4a BetrAVG). Diese Vorschrift wird ab dem Jahr 2018, wenn die Arbeitnehmer von ihren Auskunftsansprüchen nachhaltig Gebrauch machen sollten, zu einem ganz erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwand entweder bei den beteiligten Arbeitgebern oder bei der Pensionskasse führen – natürlich mit entsprechenden Folgen für die Verwaltungskosten.

In das Gesetz neu aufgenommen wurde ferner ein Verbot der Benachteiligung ausgeschiedener Arbeitnehmer, insbesondere auch im Hinblick auf künftige Renten- und Anwartschaftserhöhungen. Diese Vorschrift dürfte bei unserer Kasse keine größeren Auswirkungen haben, weil wir auch die Renten und Anwartschaften der freiwilligen Beitragszahler und der beitragsfrei Versicherten immer mit angehoben haben (so lange hierfür Überschüsse zur Verfügung standen).

### 3. Perspektiven für das Geschäftsjahr 2017

#### a) Bisheriger Verlauf des Geschäftsjahres 2017

Der bisherige Verlauf des Geschäftsjahres 2017 (Stand: 27. April 2017) kann für die ersten vier Monate als einigermaßen zufriedenstellend bezeichnet werden.

Etwas überraschend ist, dass das Ende 2016 historisch niedrige Zinsniveau Ende April 2017 vor allem bei den Staatsanleihen bonitätsstarker Länder nur wenig höher liegt als zum Jahreswechsel, obwohl die Zinsen zwischenzeitlich etwas mehr gestiegen waren. So liegt die Rendite für 10-jährige Bundesanleihen aktuell bei etwa 0,36 v.H., die Verzinsung für 30-jährige Bundesanleihen bei 1,12 v.H.; am Jahresende 2016 lagen die Werte bei 0,20 bzw. 0,92 v.H. Bei Staatsanleihen der USA liegt das Zinsniveau aktuell sogar niedriger als zum Jahreswechsel 2016/2017 (10-jährige jetzt bei 2,31 v.H. statt 2,44 v.H. und 30-jährige bei 2,96 v.H. statt 3,07 v.H.). Bei weniger bonitätsstarken Ländern sind die Zinsen hingegen stärker gestiegen; so liegt die Verzinsung 10-jähriger italienischer Staatsanleihen aktuell bei 2,29 v.H., während sie zum Jahreswechsel 2016/2017 noch bei 1,80 v.H. lag. Hier zeigt sich insbesondere seit Mitte März 2017 ein verstärkter Hang vieler Anleger zu den „sicheren Häfen“ der Anleihemärkte. Bei ähnlich sicheren Papieren, wie deutschen Pfandbriefen, ist ebenfalls nur ein leichter Zinsanstieg zu verzeichnen; so lag die Verzinsung 10-jähriger Pfandbriefe zum Jahreswechsel bei 0,57 v.H., aktuell liegt sie bei 0,69 v.H.

Hauptursachen für diese Entwicklung dürften die weiterhin relativ schwache Weltkonjunktur, die gerade auch in Europa weiterhin extrem starke Flutung der Finanzmärkte mit billigem Zentralbankgeld, einschließlich der ausgeweiteten Anleihe-Ankaufprogramme der EZB, sowie die beträchtlichen politischen Risiken (u.a. ungewisse Neuausrichtung der US-Politik, Konflikte mit Russland wegen Syrien und mit China wegen Nordkorea, Brexit-Folgen, ungewisser Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Frankreich und der Bundestagswahlen in Deutschland, weiterhin ernsthafte Probleme mit den Euro-Krisenländern Griechenland, Portugal und Italien) sein.

Aufgrund der genannten Zinsentwicklung haben wir im bisherigen Verlauf des Jahres 2017 bei einer Durchschnittsbetrachtung nur leichte Kursverluste im Bestand unserer festverzinslichen Wertpapiere zu verzeichnen, die zum Jahresende 2017 entsprechende Abschreibungen nach sich ziehen würden.

Der große Renten-Spezialfonds der Kasse (LOK 4 mit einem Volumen von aktuell knapp 71 Mio. €) hatte zum 31.03.2017 eine Wertentwicklung von nur + 0,34 v.H. zu verzeichnen (etwa 0,75 v.H. wären das Ziel für die drei Monate gewesen); aktuell (Stand: 26.04.2017) liegt die Wertentwicklung im laufenden Jahr immerhin bei 0,60 v.H.

Sollte sich das weiterhin ultra-niedrige Zinsniveau im weiteren Verlauf des Jahres 2017 nicht deutlich erhöhen, wäre zum Jahresende 2017 voraussichtlich nur mit geringem Abschreibungsbedarf auf unsere festverzinslichen Wertpapiere zu rechnen. Die sehr konkreten Ankündigungen der US-Notenbank (Fed), nach denen für 2017 zumindest mit zwei oder drei weiteren moderaten Zinserhöhungen zu rechnen ist, machen aber deutlich, dass im weiteren Verlauf des Jahres 2017, zunächst sicherlich in den USA, aber dann mit einer gewissen Verzögerung vermutlich auch in Europa, mit einem Wiederanstieg des Zinsniveaus durchaus gerechnet werden muss, der hoffentlich nicht schockartig,

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

sondern in kleinen marktverträglichen Schritten erfolgen wird. Für einen leichten Wiederanstieg des Zinsniveaus sprechen auch die im Vergleich zum Vorjahr wieder gestiegenen Inflationsraten, die aufgrund des inzwischen wieder deutlich abnehmenden Ölpreiseffekts im Jahresdurchschnitt allerdings weniger stark steigen dürften, als es im Februar 2017 vorübergehend den Anschein hatte.

### b) „Anlagenotstand“ bei der laufenden Neuanlage des Vermögens

Die durchschnittliche Verzinsung unserer selbstverwalteten festverzinslichen Wertpapiere, die über 80 v.H. des Anlagekapitals ausmachen, liegt derzeit (April 2017) noch bei etwa 3,65 v.H. Als mittel- und langfristig sehr kritisch zu bewerten ist allerdings, wie schon im Vorjahr, das ultra-niedrige Zinsniveau bei der laufend notwendigen Neuanlage unseres Kapitals (2017 etwa 65 Mio. €). Wenn man (wie der Vorstand unserer Kasse) Wert darauf legt, bei Anleihen das Durchschnittsrating der Neuanschaffungen möglichst nicht unter die Qualitätsstufe „BBB+“ absinken zu lassen, können mittlerweile im Euro-Bereich Renditen von wenigstens 2,0 v.H., die wohlgemerkt bereits sehr deutlich unter unserem durchschnittlichen Garantiezins von derzeit etwa 3,30 v.H. liegen, selbst dann kaum noch erzielt werden, wenn man Laufzeiten von 30 und mehr Jahren akzeptiert. Insofern haben sich die Rahmenbedingungen für die Neuanlage unseres Kapitals innerhalb der letzten 12 Monate nochmals deutlich verschlechtert. Es ist deshalb ziemlich sicher damit zu rechnen, dass im Verlauf des Jahres 2017 die durchschnittliche Verzinsung unserer selbstverwalteten Wertpapiere weiter deutlich sinken wird (auf voraussichtlich etwa 3,50 v.H.).

Die nach unserer Ansicht (und der Ansicht vieler Fachleute) verfehlte Notenbankpolitik der EZB hat zu immer extremeren Verzerrungen der Marktpreise und zu ultra-niedrigen Zinsen, die in keiner Weise mehr risikoangemessen sind, geführt. Dies gilt schon seit längerem nicht mehr nur für Staatsanleihen und Pfandbriefe, sondern auch für Banken- und Unternehmensanleihen aller Qualitätsstufen. Die fundierte Kritik an dieser EZB-Politik ist, gerade auch aus Deutschland, unüberhörbar, weil die meisten Krisenländer Südeuropas die von der EZB „gekaufte Zeit“ (von inzwischen über sechs Jahren) eben nicht zu den notwendigen schmerzhaften Reformen genutzt haben, welche die internationale Wettbewerbsfähigkeit ihrer Wirtschaft sowie den Grad der Staatsverschuldung nachhaltig verbessern würden; ganz besonders gilt dies natürlich für Griechenland, leider aber auch für das wegen seiner Größe viel bedeutendere Italien.

Institutionelle Anleger wie Lebensversicherungsunternehmen, einschließlich Pensionskassen, befinden sich angesichts dieser künstlich herbeigeführten Marktsituation, die sie nicht beeinflussen können, spätestens seit Anfang 2015 in einem sehr ernsten „**Anlagenotstand**“, der sie dazu zwingt, bei der Neuanlage deutlich **höhere Risiken** einzugehen als es ihrer jahrzehntelangen guten Tradition entspricht, um wenigstens die Chance zu bewahren, ihre relativ hohen Garantiezinsverpflichtungen aus der Vergangenheit zumindest mittelfristig noch erfüllen zu können. Dies gilt auch für unsere Kasse, und zwar sowohl für die Anlage in festverzinslichen Euro-Wertpapieren als auch für die unter Risikostreuungsgesichtspunkten bzw. Renditegesichtspunkten inzwischen unvermeidbar gewordene Anlage in anderen Asset-Klassen (wie z.B. den Anfang 2015 von uns begonnenen vorsichtigen Wiedereinstieg in die Aktienanlage und die ebenfalls 2015 begonnene verstärkte Anlage in besser verzinsliche Fremdwährungsanleihen).

Der Vorstand der Kasse hat das Kuratorium über diese höchst unerfreuliche „Zwangslage“ und die aus ihr erwachsenden zunehmenden Risiken erstmals am 28.11.2014 sowie dann in den nachfolgenden Sitzungen der Jahre 2015 und 2016 eingehend unterrichtet und dabei die vom Vorstand beabsichtigten Investmentalternativen größtenteils vorgestellt. Das Kuratorium hat diese Erläuterungen jeweils zustimmend zur Kenntnis genommen.

Wegen des im US-Dollar-Raum um fast 2,0 v.H. höheren Zinsniveaus haben wir in den Jahren 2015 und 2016 sowie im 1. Quartal 2017 für insgesamt 67 Mio. US-Dollar (entspricht bei einem Kurs von 1,07 Dollar je Euro 62,62 Mio. €) Fremdwährungsanleihen erworben; deutlich überwiegend handelt es sich dabei um hochwertige US-Unternehmensanleihen. Da diese Dollar-Anleihen jetzt einen Anteil von rund 10 v.H. unseres Gesamtvermögens ausmachen, wollen wir mit Blick auf das Wechselkursrisiko vorerst nur noch in besonders attraktiv erscheinenden Einzelfällen weitere US-Dollar-Anleihen erwerben.

Für das laufende Jahr 2017 beabsichtigen wir allerdings, wegen des dort ebenfalls deutlich höheren Zinsniveaus, bis zu 12 Mio. € (entspricht etwa 17 Mio. Austral-Dollar) in AUD-Anleihen anzulegen, dort vor allem in australischen Staatsanleihen und in Anleihen der australischen Bundesstaaten.

Für die Anlage in Aktien-ETFs, die wir bereits in den Jahren 2015 und 2016 schrittweise begonnen hatten, haben wir im Jahr 2017 bis zu 20 Mio. € vorgesehen (nachdem wir vor dem Jahresende 2016 alle ETFs im Bestand mit gutem Gewinn verkauft hatten). Bislang haben wir im Jahr 2017 allerdings noch keine Aktien-ETFs erworben, weil uns die

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

Kaufkurse nicht attraktiv erschienen und wir die Rückschlagsgefahr bei DAX-Kursen zwischen 11.000 und 12.500 Punkten als sehr hoch einschätzen. In größerem Umfang wollen wir in DAX-ETFs erst wieder investieren, wenn die Kurse wieder ein deutlich niedrigeres Niveau erreichen. Mit einer solchen Kaufgelegenheit rechnen wir spätestens im Sommer 2017.

### c) Notwendigkeit, die Garantieverzinsung zu senken

Angesichts dieser für uns als institutionellen Anleger höchst **unbefreudigen „neuen Normalität“ an den Zinsmärkten** haben Vorstand und Kuratorium der Hauptversammlung 2016 vorschlagen müssen, den Garantiezins für Versicherungsverhältnisse, die nach dem 31.12.2016 in den Abteilungen A 2000 und Z 2002 neu beginnen, deutlich herabzusetzen, und zwar von bisher 2,25 v.H. auf nur noch 0,90 v.H. Die Hauptversammlung 2016 hat diese Satzungsänderung mit sehr großer Mehrheit beschlossen. Nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde (BaFin) sind die entsprechenden Satzungsänderungen zum 01.01.2017 in Kraft getreten.

In Anbetracht des weiterhin ultra-niedrigen Zinsniveaus für unsere laufend notwendigen Neuanlagen werden Vorstand und Kuratorium nicht umhin kommen, der Hauptversammlung 2017 vorzuschlagen, den Garantiezins für Versicherungsverhältnisse, die bereits vor dem 01.01.2007 in den Abteilungen A, A 2000 und Z 2002 begründet worden sind, für Beitragszahlungen, die die nach dem 31.12.2017 erfolgen, ebenfalls herabzusetzen. Für diese Alt-Versicherungsverhältnisse gilt bislang noch ein Garantiezins von 3,0 v.H. Angesichts eines aktuellen Neuanlagezinses im Euro-Bereich von nur noch etwa 2,0 v.H. ist eine Zinsgarantie von 3,0 v.H. für künftige Beiträge nicht mehr haltbar. Der Garantiezins soll für diese Versicherungsverhältnisse deshalb auf 2,25 v.H. herabgesetzt werden, wohlgemerkt nur für Beitragszahlungen ab dem Jahr 2018. In der Abteilung A wird das eine Absenkung des Verrentungsprozentsatzes (§ 16 Abs. 1 PK-Satzung) von 0,78 v.H. auf 0,66 v.H. für künftige Beiträge bedeuten.

### d) Erwartungen für das Ergebnis der Geschäftsjahre 2017 bis 2019

Entscheidend für das Endergebnis des Geschäftsjahres 2017 werden wiederum die Entwicklungen an den Rentenmärkten sein. Negativ würde sich, wegen der daraus eventuell resultierenden Abschreibungen, ein schneller kräftiger Wiederanstieg des derzeitigen Zinsniveaus auswirken, mit dem wir allerdings für dieses Jahr wegen der vor allem in Europa weiterhin relativ schwachen Konjunktur und der unveränderten EZB-Politik noch nicht rechnen. Negativ könnten sich ferner Verschlechterungen in der Bonitätsbewertung einiger Anleiheschuldner auswirken, die ebenfalls zu entsprechenden Abschreibungen führen würden; dies kann man leider auch in diesem Jahr weder für manche Staatsanleihen noch für Anleihen mancher Banken und Unternehmen ausschließen, wenn man etwa an eine mögliche neuerliche Griechenland-Krise, die massive Banken- und Staatsverschuldung in Italien, die Folgen des Brexit sowie mögliche geopolitische Krisen denkt.

Je nachdem, in welcher Höhe die Rentenmarktentwicklungen uns am Jahresende zu Abschreibungen auf die festverzinslichen Wertpapiere zwingen werden und welche Erträge unser großer Renten-Spezialfonds LOK 4 erwirtschaften kann, rechnen wir nach den Erfahrungen des sehr schwierigen Jahres 2015 einerseits und des sehr günstig verlaufenen Jahres 2016 andererseits für das Geschäftsjahr 2017 mit einer „regulären“ Durchschnittsrendite zwischen 3,0 und 3,3 v. H. Eine gezielte Hebung stiller Reserven zur Verbesserung des Jahresergebnisses 2017 ist derzeit nicht beabsichtigt.

Das Geschäftsjahr 2017 ist das erste in dem für unser nächstes versicherungs-mathematisches Gutachten und die Berechnung eines etwaigen Überschusses maßgeblichen Drei-Jahres-Zeitraum 2017/2018/2019. Ziel des Vorstands ist es, in den Geschäftsjahren 2017 und 2018 nach Möglichkeit eine „reguläre“ Durchschnittsrendite zwischen 3,0 und 3,3 v.H. zu erzielen. Im Geschäftsjahr 2019, dem letzten des Drei-Jahres-Zeitraums, wollen wir dann, falls notwendig unter gezielter Hebung stiller Reserven, eine etwas höhere Durchschnittsrendite sicherstellen, um im Durchschnitt dieser drei Jahre zumindest den durchschnittlichen Garantiezins (im Schnitt etwa 3,28 v.H.) zu erzielen. Auf diese Weise wollen wir sicherstellen, zum Stichtag für das nächste versicherungsmathematische Gutachten (31.12.2019) über ein Kassenvermögen zu verfügen, das zumindest die dann neue Deckungsrückstellung und die dann notwendige Solvabilitätsrücklage vollständig abdeckt (gegen ein noch etwas besseres Ergebnis hätte natürlich niemand etwas einzuwenden).

Nach dem sehr positiven Ergebnis des Geschäftsjahres 2016 können wir zuversichtlich sein, dieses Ziel bei einigermaßen normalem Verlauf der Dinge zu erreichen. In Anbetracht der sehr schwierigen Situation an den Zinsmärkten wird die Erreichung dieses Ziels aber über den gesamten Drei-Jahres-Zeitraum 2017/2018/2019 hin eine Herausforderung bleiben.

#### **4. Dank an die Arbeitnehmer/innen der Geschäftsstelle**

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle unserer Kasse dankt der Vorstand auch an dieser Stelle für die engagierte und gewissenhafte Pflichterfüllung in dem höchst arbeitsreichen abgelaufenen Geschäftsjahr 2016.

Angesichts der zahlreichen und anspruchsvollen Aufgaben, mit denen sich unsere Kasse im laufenden Geschäftsjahr 2017 auseinanderzusetzen haben wird, kann der Vorstand leider auch für dieses Jahr keine wesentliche Entlastung in Aussicht stellen.

Köln, den 27. April 2017

Pensionskasse  
Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG  
Der Vorstand

Frede

Tinz

Dr. Ackmann

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

### Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne sonstige Versicherungen) im Geschäftsjahr 2016

Anwärter (Köpfe)										Erwerbsminderungs- und Altersrentner (Köpfe)										Hinterbliebenenrenten (Köpfe)									
Männer		Frauen		Männer		Frauen		Summe der Jahresrenten <sup>2)</sup>		Witwen		Witwer		Waisen		Summe der Jahresrenten <sup>2)</sup>		Witwen		Witwer		Waisen							
Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	€	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€					
<b>I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahrs</b>	8.703	2.165	2.973	299	16.130.160,00	1.982	18	47	4.438.865,64	33.452,52	33.452,52	33.452,52	19.041,72																
<b>II. Zugang während des Geschäftsjahrs</b>																													
1. Neuzugang an Anwählern, Zugang an Rentnern	646	206	127	23	781.922,28	89	4	5	299.095,08	8.004,24	8.004,24	8.004,24	1.274,40																
2. sonstiger Zugang <sup>1)</sup>	1	0	0	0	0,00	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00							
3. gesamter Zugang	647	206	127	23	781.922,28	89	4	5	299.095,08	8.004,24	8.004,24	8.004,24	1.274,40																
<b>III. Abgang während des Geschäftsjahrs</b>																													
1. Tod	11	2	146	10	687.188,88	144	0	0	255.580,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00							
2. Beginn Altersrente	106	17	0	0	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						
3. Erwerbsminderung (Invalidität)	21	6	0	0	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						
4. Reaktivierung, Wiederherauf, Ablauf	0	0	0	0	0,00	2	0	16	5.135,16	0,00	7.039,92																		
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufwerten, Rückgewährbeiträgen und Austrittsvergütungen	90	19	0	0	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufwerten, Rückgewährbeiträgen und Austrittsvergütungen	0	0	0	0	0,00	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						
7. sonstiger Abgang	1	0	6	0	1.007,52	0	0	0	0	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						
8. gesamter Abgang	229	44	152	10	688.196,40	146	0	16	260.715,24	0,00	7.039,92																		
<b>IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahrs</b>	9.121	2.327	2.948	312	16.223.885,88	1.925	22	36	4.477.245,48	41.456,76	13.276,20																		
davon	547	159	0	0	0,00	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						
1. beitragsfreie Anwartschaften	0	0	0	0	0,00	0	0	0	0	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00						
2. in Rückdeckung gegeben																													

1) Z.B. Reaktivierung Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente.

2) Einzusetzen ist hier der Betrag, der sich als zukünftige Dauerverpflichtung (entsprechend der Deckungsrückstellung) ergibt.

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

### Die Versicherungsverhältnisse

#### 1. Die aktiven Mitglieder

Im Berichtsjahr betrugen  
in Abteilung

	A	A 2000	G2	Z 2002	insgesamt (pro Tarif)	insgesamt (pro Kopf)
<b>der Anfangsbestand</b>	3.589 (665)	6.663 (1.232)	4 (0)	2.076 (504)	12.332 (2.401)	10.868 (2.165)

#### der Zugang

a) Neuzugänge	0	(0)	671	(132)	0 (0)	273	(73)	944	(205)	837	(191)
b) Versorgungsausgleich, interne Teilung	11	(11)	4	(4)	0 (0)	0	(0)	15	(15)	15	(15)
c) sonstige	1	(0)	1	(0)	0 (0)	0	(0)	2	(0)	1	(0)
insgesamt	12	(11)	676	(136)	0 (0)	273	(73)	961	(220)	853	(206)

#### der Abgang

a) durch Tod	7	(1)	8	(2)	0 (0)	2	(0)	17	(3)	13	(2)
b) wegen Altersrente	95	(14)	36	(5)	0 (0)	13	(1)	144	(20)	123	(17)
c) wegen Erwerbsminderung	17	(2)	14	(5)	0 (0)	1	(0)	32	(7)	27	(6)
d) wegen Ausscheidens aus dem Dienst	0	(0)	99	(18)	0 (0)	13	(2)	112	(20)	109	(19)
e) aus sonstigen Gründen	0	(0)	0	(0)	0 (0)	1	(0)	1	(0)	1	(0)
insgesamt	119	(17)	157	(30)	0 (0)	30	(3)	306	(50)	273	(44)

**der Endbestand** 3.482 (659) 7.182 (1.338) 4 (0) 2.319 (574) 12.987 (2.571) 11.448 (2.327)

Das durchschnittliche Lebensalter des Neuzgangs der Abteilung A 2000 betrug im Berichtsjahr 38 (im Vorjahr 36) Jahre, das durchschnittliche versicherte Einkommen im Aufnahmemonat 2.313,45 € (im Vorjahr 2.493,66 €).

Das durchschnittliche Lebensalter des Neuzgangs in der Abteilung Z 2002 betrug im Berichtsjahr 38 (im Vorjahr 39) Jahre.

Die in Klammern gesetzten Angaben erfassen den Anteil der weiblichen Mitglieder am Gesamtbestand.

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

### 2. Die Renten

#### a) Versichertenrenten

Im Berichtsjahr betrugen in Abteilung	A	A 2000	G2	H1	Z 2002	insgesamt (pro Tarif)	insgesamt (pro Kopf)
<b>der Anfangsbestand</b>	3.030	(270)	330	(35)	98 (3)	11 (2)	28 (5)
<b>der Zugang</b>							
a) wegen Erreichen der Alters- grenze	95	(14)	36	(5)	0 (0)	0 (0)	13 (1)
b) wegen Erwerbsminderung	17	(2)	14	(5)	0 (0)	0 (0)	1 (0)
c) aus sonstigen Gründen	0	(0)	(0)	(0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
d) wegen unverschuldeten Entlassung	0	(0)	0	(0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
insgesamt	112	(16)	50	(10)	0 (0)	0 (0)	14 (1)
						176	(27)
<b>der Abgang</b>						150	(23)
a) durch Tod	144	(7)	7	(1)	7 (2)	1 (1)	1 (0)
b) durch Reaktivierung	0	(0)	0	(0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
c) aus sonstigen Gründen	0	(0)	0	(0)	0 (0)	6 (0)	6 (0)
insgesamt	144	(7)	7	(1)	7 (2)	1 (1)	7 (0)
						166	(11)
<b>der Endbestand</b>	<b>2.998</b>	<b>(279)</b>	<b>373</b>	<b>(44)</b>	<b>91</b>	<b>(1)</b>	<b>10</b>
						<b>3.507</b>	<b>(331)</b>
						<b>3.260</b>	<b>(312)</b>

Die in Klammern gesetzten Angaben erfassen den Anteil der weiblichen Rentner am Gesamtbestand.

## Lagebericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2016

---

### b) Witwen- bzw. Witwerrenten

Es betrugen in Abteilung	A	A 2000	G1	G2	H1	Z 2002	insgesamt (pro Tarif)	insgesamt (pro Kopf)
<b>der Anfangsbestand</b>	1.786	63	6	149	36	2	2.042	2.000
<b>der Zugang</b>								
a) Tod des Versicherten	89	11	0	1	0	0	101	93
b) aus sonstigen Gründen	0	0	0	0	0	0	0	0
insgesamt	89	11	0	1	0	0	101	93
<b>der Abgang</b>								
a) durch Tod	126	0	0	16	2	0	144	144
b) durch Wiederheirat	2	0	0	0	0	0	2	2
c) durch Kapitalabfindung	0	0	0	0	0	0	0	0
d) aus sonstigen Gründen	0	0	0	0	0	0	0	0
insgesamt	128	0	0	16	2	0	146	146
<b>der Endbestand</b>	<b>1.747</b>	<b>74</b>	<b>6</b>	<b>134</b>	<b>34</b>	<b>2</b>	<b>1.997</b>	<b>1.947</b>

### c) Waisenrenten

Es betrugen in Abteilung	A	A 2000	Z 2002	insgesamt (pro Tarif)	insgesamt (pro Kopf)
<b>der Anfangsbestand</b>	40	17	0	57	47
<b>der Zugang</b>					
a) Tod des Versicherten	1	4	0	5	5
b) aus sonstigen Gründen	0	0	0	0	0
insgesamt	1	4	0	5	5
<b>der Abgang</b>					
a) durch Tod	0	0	0	0	0
b) durch Erreichen der Altersgrenze	3	1	0	4	4
c) durch Abschluss der Schul- oder Lehrausbildung	10	8	0	18	12
d) aus sonstigen Gründen	0	0	0	0	0
insgesamt	13	9	0	22	16
<b>der Endbestand</b>	<b>28</b>	<b>12</b>	<b>0</b>	<b>40</b>	<b>36</b>

*Bilanz  
und  
Gewinn- und Verlustrechnung  
zum 31.12.2016*

# Aktivseite

	€	€	€	Vorjahr T€
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		236.100,00		277,8
<b>B. Kapitalanlagen</b>				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		13.486.690,00		21.262,5
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	83.184.274,35			123.919,5
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	231.901.189,69			199.417,5
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	52.500.000,00			41.000,0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	201.006.383,59	253.506.383,59		223.012,3
4. Einlagen bei Kreditinstituten	47.000.000,00	615.591.847,63	0,0	
	629.078.537,63	608.611,8		
<b>C. Forderungen</b>				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitgliedsunternehmen	491.607,51			603,8
II. Sonstige Forderungen	227.570,32	719.177,83	257,6	
<b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>				
I. Sachanlagen und Vorräte	34.480,95			47,3
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	1.344.336,87			1.649,3
III. Andere Vermögensgegenstände	1.686.374,13	3.065.191,95	1.363,8	
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	9.436.727,84			9.383,9
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	11.408,01	9.448.135,85	15,8	
<b>Summe der Aktiva</b>		642.547.143,26	622.211,1	

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen undaufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

# Passivseite

	€	€	Vorjahr	T€
<b>A. Eigenkapital</b>				
<b>I. Gewinnrücklagen</b>				
1. Verlustrücklage gem. § 193 VAG	27.558.412,03		25.469,1	
2. andere Gewinnrücklagen	0,00		0,0	
<b>II. Gesamt-Ausgleichsposten</b>	0,00	27.558.412,03	27.252,6	
<b>B. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>				
<b>I. Deckungsrückstellung</b>				
1. Betrag laut versicherungsmathematischer Berechnung zum 31.12.2016	612.409.156,05		565.980,3	
2. zuzüglich Zuführung aus der Rückstellung für Beitragsrücker- stattung	0,00	612.409.156,05	1.562,5	
<b>II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle</b>		146.500,00	136,2	
<b>III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung</b>		777.210,00	0,0	
<b>C. Andere Rückstellungen</b>				
<b>I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen</b>		1.105.032,00	1.126,1	
<b>II. Sonstige Rückstellungen</b>		189.139,00	171,7	
<b>D. Andere Verbindlichkeiten</b>				
<b>I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitgliedsunternehmen</b>		39.997,10	121,4	
<b>II. Sonstige Verbindlichkeiten</b>		301.929,86	341.926,96	357,8
davon:				
aus Steuern:	14.245,43 € (VJ. 11.766,49 €)			
im Rahmen der sozialen Sicherheit:	188,75 € (VJ. 313,68 €)			
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		19.767,22	33,4	
<b>Summe der Passiva</b>		642.547.143,26	622.211,1	

Versicherungsmathematische Bestätigung nach § 141 Abs. 5 Nr. 2 i.V.m. § 234 Abs. 3 Satz 1 Nr. 5 VAG

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 25.07.2011 genehmigten Geschäftsplan und dem versicherungsmathematischen Gutachten vom 25.04.2017 zum 31.12.2016 berechnet worden ist.

Köln, den 25. April 2017

Der Verantwortliche Aktuar, Dr. Richard Herrmann, Dipl.-Math., Aktuar DAV/IVS

# Gewinn- und Verlustrechnung

	€	€	€ Vorjahr T€
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>			
1. Verdiente Beiträge		16.835.559,87	16.311,2
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung		0,00	0,0
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.061.130,35		2.495,2
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	19.789.038,61	21.850.168,96	19.185,8
b) Erträge aus Zuschreibungen		1.542.582,12	276,2
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		6.203.519,74	422,6
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge		173.852,93	110,6
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	21.400.632,22		21.264,8
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	10.300,00	21.410.932,22	-12,6
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
Deckungsrückstellung		44.866.400,11	0,0
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen		777.210,00	0,0
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			
a) Abschlussaufwendungen	31.139,70		28,8
b) Verwaltungsaufwendungen	765.281,02	796.420,72	695,8
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	999.877,98		1.186,9
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	2.058.356,50		2.854,4
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	444.290,86	3.502.525,34	234,7
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen		39.453,15	38,1
11. Versicherungstechnisches Ergebnis		-24.787.257,92	12.510,7

## II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Sonstige Erträge	0,04	0,0
2. Sonstige Aufwendungen	376.019,83	376.019,79
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-25.163.277,71
4. Ausgleichsposten aus dem Vorjahr		27.252.577,52
5. Jahresüberschuss/Überschuss		2.089.299,81
6. Einstellung in die Verlustrücklage gem. § 193 VAG		2.089.299,81
7. Bilanzgewinn/Ausgleichsposten		0,00

## Anhang

---

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden über 12 Jahre planmäßig abgeschrieben.

Die im Besitz der Pensionskasse befindlichen Gebäude werden entsprechend der Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Der Abschreibungssatz beträgt seit dem Jahr 2006 grundsätzlich einheitlich 2,0 %. Niedrigere beizulegende Wertansätze wurden berücksichtigt. Dem Wertaufholungsgebot des § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wurde Rechnung getragen.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie dem Umlaufvermögen zugeordnete Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden mit den Anschaffungskosten, höchstens jedoch zum Börsenwert am Bilanzstichtag, bilanziert. Dem Wertaufholungsgebot des § 253 Abs. 5 Satz 1 HGB wurde Rechnung getragen.

Dem Anlagevermögen zugeordnete Inhaberschuldverschreibungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Abschreibungen erfolgen gem. § 253 Abs. 3 HGB nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Liegt der Kaufkurs über dem Nennwert, erfolgt eine Abschreibung auf den Zeitwert, höchstens jedoch auf den Nennwert. Für Käufe unter Nennwert wird von der Möglichkeit einer ratierlichen ertragswirksamen Bestandserhöhung abgesehen.

Namensschuldverschreibungen sind gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit den Nennbeträgen ausgewiesen. Agio- und Disagiobeiträge werden entsprechend § 341c Abs. 2 HGB als aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzungsposten erfasst und planmäßig über die Laufzeit der Anlage aufgelöst. Schuldscheinforderungen und Darlehen werden gem. § 341c Abs. 3 HGB bilanziert.

Forderungen, laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks, Kassenbestand und andere Vermögensgegenstände sind mit den Nennbeträgen ausgewiesen.

Sachanlagen sind mit den Anschaffungskosten ausgewiesen. Abschreibungen erfolgen nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 150,00 € werden im Zugangsjahr sofort als Aufwand erfasst. Wirtschaftsgüter im Wert von 150,01 € bis 1.000,00 € werden in einem Sammelposten erfasst und linear mit 20 % p.a. abgeschrieben.

Die Deckungsrückstellung wird nur alle drei Jahre (zuletzt am 31.12.2016) ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen werden grundsätzlich die im Jahre 2005 herausgegebenen *Richttafeln 2005 G* von Klaus Heubeck verwendet. Für einzelne Abteilungen werden auf der Grundlage dieser Tafeln Modifikationen vorgenommen, so dass die Tafeln an die biometrischen Verhältnisse in der Pensionskasse angeglichen sind. Die Modifikationen bestehen im Wesentlichen in einer Reduktion der Sterblichkeiten und der Invalidisierungswahrscheinlichkeiten.

Als Rechnungszins wurden in Abhängigkeit von der Abteilung sowie vom Zeitpunkt der Beitragsentrichtung unterschiedliche Sätze angewendet:

Rechnungszins zum 31.12.2016	Lfd. Renten und Anwartschaften aus Beiträgen	
	bis 31.12.2006	ab 1.1.2007
Eintritte bis 31.12.2006	3,50 %	3,00 %
Eintritte ab 1.1.2007	-	2,25 %

In der Deckungsrückstellung sind Verwaltungskostenrückstellungen zur Deckung der Verwaltungskosten in der Rentenbezugszeit sowie für beitragsfreie Anwartschaften enthalten.

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie die sonstigen Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen bewertet.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde pro Versicherungsfall ermittelt. Die Berechnung der darin enthaltenen Spätschadenreserve erfolgte anhand von Erfahrungswerten aus den Vorjahren.

Die Pensionsrückstellungen wurden entsprechend § 249 HGB in Höhe der versicherungsmathematisch ermittelten Anwartschaftsbarwertmethode bzw. nach dem Teilwertverfahren auf Grundlage der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck und einem Rechnungszins von 4,01 % (im Vorjahr 3,89 %) ermittelt. Im Bereich der einzelvertraglichen Vorstandszusagen werden ein Anwartschaftstrend von 3,2 % (im Vorjahr 3,2 %) und ein Rententrend von 2,0 % (im Vorjahr 2,0 %) zugrunde gelegt. Für die Verpflichtungen aus der Versorgungsregelung vom 14.2.2002 beträgt der Anwartschafts- und Rententrend

## Anhang

---

1,0 % (im Vorjahr 1,0 %). Für in den Versorgungsansprüchen bzw. Versorgungsanwartschaften anzurechnende Leistungen anderer Versorgungsträger wurde keine Dynamik unterstellt.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und sind mit dem Betrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist.

Zu- und Abgänge und der Bestand zum Ende des Geschäftsjahres in Fremdwährungen werden zum jeweiligen Stichtagskurs bewertet.

---

### Entwicklung der Aktivposten A. und B. im Geschäftsjahr 2016

Aktivposten	Bilanz- werte Vorjahr	Zugänge T€	Umbu- chungen T€	Abgänge T€	Zu- schrei- bungen T€	Ab- schrei- bungen T€	Bilanz- werte Ge- schäfts- jahr T€
<b>A. Immaterielle Vermögensgegenstände (entgeltlich erworbene Software)</b>	278	–	–	–	–	41	237
<b>B.I. Grundstücke, grundstücks gleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken</b>	21.262	–	–	7.298	–	477	13.487
<b>B.II. Sonstige Kapitalanlagen</b>							
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	123.919	15.118	–	55.581	135	407	83.184
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	199.418	73.411	–	41.162	1.407	1.173	231.901
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	41.000	13.000	–	1.500	–	–	52.500
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	223.012	3.000	–	25.006	–	–	201.006
4. Einlagen bei Kreditinsti tuten	–	58.500	–	11.500	–	–	47.000
5. Summe B.II.	587.349	163.029	–	134.749	1.542	1.580	615.591
<b>Insgesamt</b>	<b>608.889</b>	<b>163.029</b>	–	<b>142.047</b>	<b>1.542</b>	<b>2.098</b>	<b>629.315</b>

## Anhang

	Zeitwert der Kapitalanlagen gem. §§ 54, 55 und 56 RechVersV	Zeitwerte	Stille Reserven
B.I.	Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	20.945.000,00	7.458.310,00
B.II.	Sonstige Kapitalanlagen		
1.	Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	84.668.995,54	1.484.721,19
2.	Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	246.556.517,20	14.655.327,51
3.	Sonstige Ausleihungen	270.461.350,00	16.954.966,41
4.	Einlagen bei Kreditinstituten	47.000.000,00	0,00
5.	Abzüglich aktivierte Agiobeträge		622,01
			40.552.703,10

Für den Grundbesitz der Kasse wurden in 2014 durch den von der Industrie- und Handelskammer zu Köln öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen für Bewertung von bebauten und unbebauten Grundstücken, Herr Dipl.-Bauing., Dipl.-Wirtschaftsing. Nikolaus Sturm, mit Datum vom 2.6.2014 Verkehrswertgutachten erstellt. Für das im Jahre 2006 fertiggestellte Gebäude Volksgartenstr. 54a/56 in Köln wurde zum 1.2.2012 mit Datum vom 11.4.2012 ebenfalls der Verkehrswert ermittelt. Die Wertfeststellung erfolgte nach dem Ertragswertverfahren. Die Zeitwerte der Investmentfonds und der Inhaberschuldverschreibungen wurden durch Börsenkurse bzw. Rücknahmekurse der Spezialfonds ermittelt und die sonstigen Ausleihungen anhand der Marktrendite nach der ISMA Standardrenditeformel.

## Aktivseite

### A. Immaterielle Vermögensgegenstände

	2016 €	Vorjahr €
	236.100,00	277.750,00

Hierbei handelt es sich um entgeltlich erworbene Software. Die Abschreibung, in 2016 41.650,– €, erfolgt linear über 12 Jahre.

### B. Kapitalanlagen

#### I. Wohn- und Geschäftsbauten

	2016 €	Vorjahr €
a)	5.382.468,00	5.516.851,00
b)	2.962.220,00	3.046.880,00
c)	0,00	3.652.237,00
d)	0,00	1.647.035,00
e)	2.284.184,00	2.351.380,00
f)	2.857.818,00	2.938.938,00
g)	0,00	2.109.174,00
	13.486.690,00	21.262.495,00

Auf die Gebäude wurden in 2016 lfd. Abschreibungen in Höhe von 477.488,00 € vorgenommen. Der Abschreibungssatz beträgt seit 2006 für alle Objekte grundsätzlich 2 %. Der Bilanzwert des selbstgenutzten Anteils an dem Objekt Volksgartenstr. 54a/56 beträgt, bezogen auf die Nutzfläche, 1.430.121,75 €. Die Mietobjekte Alfons-Müller-Platz, Römerstraße und Bahnhofstraße in Wesseling wurden im Geschäftsjahr 2016 verkauft.

## Anhang

### II. Sonstige Kapitalanlagen

1. Investmentanteile	2016 €	Vorjahr €
	83.184.274,35	123.919.464,18

Der Spezialfonds PK-Fonds I wurde im Geschäftsjahr 2016 aufgelöst.

Der Spezialfonds LOK 4 ist ein Rentenfonds, dessen Anlageschwerpunkte bei Anleihen und European Covered Bonds der Länder des Merill Lynch Pan-Europe Governments ohne Deutschland sowie Staatsanleihen aus Australien, Kanada, Polen, Tschechische Republik und Ungarn liegen. Sein Marktwert betrug 70.728.931,83 € und sein Buchwert 69.292.948,31 € (Diff. 1.435.983,52 €). Eine Ausschüttung erfolgte i.H.v. 1.600.000,00 €.

Der Buchwert der übrigen Fonds betrug 13.891.326,04 €. Insgesamt erfolgte bei den Investmentanteilen ein Zugang von 15.118.474,10 €, ein Abgang von 55.581.188,09 €, eine Zuschreibung von 135.110,45 € und eine Abschreibung von 407.586,29 €.

2. Inhaberschuldverschreibungen	2016 €	Vorjahr €
	231.901.189,69	199.417.518,83

Auf die Inhaberschuldverschreibungen wurden in 2016 insgesamt 1.173.282,21 € ab- und 1.407.471,67 € zugeschrieben. Die Zugänge beliefen sich auf 73.411.414,40 € und die Abgänge auf 41.161.933,00 €. Ab dem Geschäftsjahr 2012 erfolgt erstmals eine Zuordnung von Inhaberschuldverschreibungen zum Anlagevermögen. Der Buchwert aller dem Anlagevermögen zugeordneten Inhaberschuldverschreibungen beträgt 82.890.825,00 € und deren Zeitwert 92.344.974,25 €; es bestand eine stille Last von 148.650,00 €.

Eine Abschreibung unterblieb, da die Wertminderungen voraussichtlich nicht von Dauer sind.

Der Buchwert der auf US-Dollar lautende Inhaberschuldverschreibungen beträgt 48.329.973,19 €.

3. Sonstige Ausleihungen	2016 €	Vorjahr €
	253.506.383,59	264.012.334,19

Bei den Namensschuldverschreibungen betragen die Neuanlagen 13.000.000,00 € und die Einlösungen 1.500.000,00 €; bei den Schuldscheinforderungen betragen die Neuanlagen 3.000.000,00 € und die Rückflüsse 25.005.950,60 €. Die stille Last der Schuldscheindarlehen betrug insgesamt 1.131.900,00 €. Der Buchwert der betroffenen Anlagen belief sich auf 21.000.000,00 € und der Zeitwert auf 19.868.100,00 €.

Die stille Last der Namensschuldverschreibungen beträgt 1.178.900,00 €, der Buchwert 22.000.000,00 € und der Zeitwert 20.821.100,00 €. Eine Abschreibung unterblieb, da die Wertminderungen voraussichtlich nicht von Dauer sind.

4. Einlagen bei Kreditinstituten	2016 €	Vorjahr €
	47.000.000,00	0,00

## C. Forderungen

### I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Mitgliedsunternehmen

	2016 €	Vorjahr €
	491.607,51	603.787,96

Die hier ausgewiesenen Beitragsforderungen wurden in den ersten Wochen des Jahres 2016 weitestgehend ausgeglichen.

### II. Sonstige Forderungen

	2016 €	Vorjahr €
	227.570,32	257.621,13

Es handelt sich im Wesentlichen um 18.856,50 € Forderungen aus unseren Mietobjekten, Vorsteuerforderungen gegenüber dem Finanzamt i. H. v. 1.497,39 € und Forderungen an den Bund aus Versorgungslasten i. H. v. 206.856,24 €.

Die sonstigen Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr betragen 190.246,54 € (VJ. 207.477,32 €).

## Anhang

### D. Sonstige Vermögensgegenstände

#### I. Sachanlagen und Vorräte

	2016 €	Vorjahr €
Stand am 1.1.2016	47.295,30	72.339,65
Zugang 2016	198,73	4.497,73
	47.494,03	76.837,38
Abgang 2016	0,00	0,00
Abschreibungen 2016	13.013,08	29.542,08
<b>Stand am 31.12.2016</b>	<b>34.480,95</b>	<b>47.295,30</b>

Es handelt sich im Wesentlichen um die Betriebs- und Geschäftsausstattung.

#### II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

	2016 €	Vorjahr €
Sparkasse KölnBonn	1.257.869,38	1.483.014,27
Mietkautionssparbücher	24.511,86	40.984,25
Kassenbestand	747,82	743,73
Sonstige Kreditinstitute/Hausverwaltungskonten	61.207,81	124.537,03
	1.344.336,87	1.649.279,28

#### III. Andere Vermögensgegenstände

	2016 €	Vorjahr €
	1.686.374,13	1.363.853,57

Es handelt sich um die Januar-Renten für die von der Pensionskasse unmittelbar betreuten Rentner i.H.v. 1.651.738,63 € sowie um die Vorschüsse i.H.v. 34.635,50 €, die die Pensionskasse gemäß § 63 Abs. 2 der Satzung an die beteiligten Verwaltungen für die Auszahlung der Januar-Renten geleistet hat.

### E. Rechnungsabgrenzungsposten

#### I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

	2016 €	Vorjahr €
	9.436.727,84	9.383.911,65

Es handelt sich ausschließlich um Zinsforderungen, die zwar auf das Berichtsjahr entfallen, jedoch erst im laufenden Geschäftsjahr fällig werden.

#### II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

	2016 €	Vorjahr €
	11.408,01	15.809,81

Der sonstige Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich zusammen aus im Voraus gezahlte Personalaufwendungen i.H.v. 10.786,00 € für den Monat Januar 2017 und den Agiobeträgen der Namensschuldverschreibungen, die zeitanteilig entsprechend der Restlaufzeit der Wertpapiere aufgelöst werden.

<b>Stand Agio 1.1.2016</b>	<b>4.281,81</b>	<b>8.179,93</b>
Zugang Agio 2016	0,00	0,00
Auflösungsbetrag Agio 2016	3.659,80	3.898,12
<b>Stand Agio 31.12.2016</b>	<b>622,01</b>	<b>4.281,81</b>

## Anhang

### Passivseite

#### A. Eigenkapital

	2016 €	Vorjahr €
<b>I. Gewinnrücklagen</b>		
1. Verlustrücklage gem. § 193 VAG	27.558.412,03	25.469.112,22
2. andere Gewinnrücklagen	0,00	0,00
<b>II. Gesamt-Ausgleichsposten</b>	0,00	27.252.577,52
	27.558.412,03	52.721.689,74

Der Ausgleichsposten von 27.252.577,52 € wurde aufgelöst. Nach Zuführung von 44.866.400,12 € zur Deckungsrückstellung konnte der Verlustrücklage noch ein Betrag i.H.v. 2.089.299,81 € zugeführt werden.

Zum 31.12.2016 entspricht die Verlustrücklage dem satzungsmäßigen Sollwert von 4,5% der Deckungsrückstellung.

#### B. Versicherungstechnische Rückstellungen

##### I. Deckungsrückstellung

	2016 €	Vorjahr €
	612.409.156,05	567.542.755,94

Die Deckungsrückstellung gliedert sich für die Versicherungsabteilungen wie folgt:

Abt. A	492.923.500,71 €	481.663.051,46 €
Abt. A 2000	98.321.133,00 €	64.542.065,00 €
Abt. G	7.428.097,32 €	9.161.820,97 €
Abt. H	6.047.913,02 €	6.857.675,51 €
Abt. Z 2002	7.137.870,00 €	4.825.591,00 €
Sonstige	550.642,00 €	492.552,00 €
	<b>612.409.156,05 €</b>	<b>567.542.755,94 €</b>

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgte zum 31.12.2016 nach den Rechnungsgrundlagen von Dr. Klaus Heubeck aus dem Jahr 2005 (RT 2005 G). Siehe auch Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Seite 29. Die zum 31.12.2013 neu gebildete pauschale Verstärkung der Deckungsrückstellung i.H.v. 7.135.715,94 € erhöht sich zum 31.12.2016 um 11.896.597,11 € auf insgesamt 19.032.313,05 €.

Der Überschuss der Abt. A wurde mit den Unterdeckungen der Abt. A 2000 und Z 2002 verrechnet.

##### II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

	2016 €	Vorjahr €
	146.500,00	136.200,00

Es handelt sich um Rentennachzahlungen i.H.v. 26.500,00 € und eine Spätschadenreserve von 120.000,00 €.

##### III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2016 €	Vorjahr €
	777.210,00	0,00

Diese Position stellt den verteilungsfähigen Überschuss dar. Über die Verteilung beschließt die Hauptversammlung im Jahr 2017.

## Anhang

### C. Andere Rückstellungen

#### I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	2016 €	Vorjahr €
Stand 1.1.2016	1.422.427,00	1.288.738,00
Veränderung	3.773,00	133.689,00
	1.426.200,00	1.422.427,00
abzügl. Rückdeckungsversicherung	321.168,00	296.258,00
Stand 31.12.2016	1.105.032,00	1.126.169,00

In den sonstigen Aufwendungen sind Zinsen aus der Abzinsung der Pensionsrückstellung i.H.v. 57.191,00 € enthalten.

Die Rückstellungen betragen für 8 Anwärter 911.849,00 € (Vj. 861.652,00 €) und für 10 Rentner 514.351,00 € (Vj. 560.775,00 €), insgesamt 1.426.200,00 €. Der Rechnungszins beruht auf dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen (3,24%) und des zehnjährigen (4,01%) Durchschnittzinssatzes beläuft sich auf 135.925,00 €.

#### II. Sonstige Rückstellungen

	2016 €	Vorjahr €
	189.139,00	171.709,00

Im Wesentlichen handelt es sich um Rückstellungen für den laufenden Jahresabschluss, Kosten des versicherungsmathematischen Gutachtens und mögliche Nachforderungen aus unserer D&O Versicherung.

### D. Andere Verbindlichkeiten

#### I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Mitgliedsunternehmen

	2016 €	Vorjahr €
	39.997,10	121.384,04

Die hier ausgewiesenen Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedsunternehmen wurden im laufenden Geschäftsjahr ausgeglichen.

#### II. Sonstige Verbindlichkeiten

	2016 €	Vorjahr €
	301.929,86	357.839,19

Hauptsächlich handelt es sich um Mietkautionen, Verbindlichkeiten aus dem Immobilienbestand und gegenüber unserem Softwarelieferanten. Sonstige Verbindlichkeiten i.H.v. 98.918,00 € (Vj. 108.604,94 €) haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und i.H.v. 29.750,00 € (Vj. 29.750,00 €) eine Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren.

### E. Rechnungsabgrenzungsposten

	2016 €	Vorjahr €
	19.767,22	33.373,99

Diese Position beinhaltet ausschließlich Mietvorauszahlungen für das laufende Geschäftsjahr.

## Anhang

### Gewinn- und Verlustrechnung

#### I. Versicherungstechnische Rechnung

##### 1. Verdiente Beiträge

	2016 €	Vorjahr €
Abteilung A	5.879.322,75	6.024.372,68
Abteilung A 2000	10.209.046,52	9.618.494,13
Abteilung G	4.371,46	4.369,44
Abteilung Z 2002	742.819,14	664.002,05
	16.835.559,87	16.311.238,30

Es handelt sich um laufende Beiträge aus Einzelverträgen. Einmalbeiträge und Kollektivversicherungen lagen nicht vor.

##### 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2016 €	Vorjahr €
	0,00	0,00

##### 3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2016 €	Vorjahr €
Erträge aus Grundstücken	2.061.130,35	2.495.178,94
Investmentanteilen	2.397.487,27	1.926.242,67
Inhaberschuldverschreibungen	8.020.089,57	7.740.430,29
Namensschuldverschreibungen	1.580.511,55	1.243.984,06
Schuldscheinforderungen und Darlehen	7.790.950,22	8.275.097,94
Zinsen Termingeld	0,00	0,00
Zuschreibungen	1.542.582,12	276.150,00
Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	6.203.519,74	422.624,71
	29.596.270,82	22.379.708,61

##### 4. Sonstige versicherungstechnische Erträge

	2016 €	Vorjahr €
Abgeltungsbeiträge	167.920,02	101.570,79
Erstattungsverpflichtungen der beteiligten Arbeitgeber	1.316,40	1.278,48
Zahlungen ausgeschiedener Arbeitgeber/Sonstiges	4.616,51	7.778,11
	173.852,93	110.627,38

Nach § 5 Abs. 1 Satz 4 der Satzung ist der Arbeitgeber verpflichtet, die Arbeitgeberbeiträge als Abgeltungsbeiträge zu entrichten, wenn sich ein zuführungspflichtiger Arbeitnehmer weigert, einen Aufnahmeantrag zu stellen. Der Abgeltungsbeitrag wird dem Vermögen der Abteilung gutgeschrieben, welcher der Arbeitnehmer zuzuführen wäre.

Die Erstattungsverpflichtungen der beteiligten Arbeitgeber sind in § 22 der Satzung geregelt.

Die Berechnung der Zahlungen ausscheidender Arbeitgeber erfolgt nach § 6a Abs. 3 der Satzung.

##### 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle

	2016 €	Vorjahr €
Rentenzahlungen	20.693.413,06	20.680.304,40
Einmalige Kassenleistungen	667.522,81	543.606,96
Regulierungsaufwand	39.696,35	40.926,77
Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	10.300,00	-12.610,00
	21.410.932,22	21.252.228,13

## Anhang

### 6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen

	2016 €	Vorjahr €
Zuführung zur Deckungsrückstellung	44.866.400,11	0,00

### 7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen

	2016 €	Vorjahr €
	777.210,00	0,00

Es handelt sich um den verteilungsfähigen Überschuss.

### 8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	2016 €	Vorjahr €
Abschluss von Versicherungsverträgen	31.139,70	28.821,21
Verwaltung von Versicherungsverträgen	765.281,02	695.736,58
	796.420,72	724.557,79

Im Jahresschnitt waren 15 Mitarbeiter/-innen beschäftigt, davon 12 Teilzeitkräfte.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen 135.935,79 € (Vorjahr: 137.555,90 €). Davon entfielen auf die beiden nebenamtlichen Vorstände 14.816,09 € (Vorjahr: 18.321,12 €).

Der hauptamtliche Vorstand erhielt eine Bruttovergütung von 106.347,28 € (Vorjahr: 103.843,08 €). Zusätzlich wurden Beiträge für die Altersversorgungs-Rückdeckungsversicherung von 14.581,98 € (Vorjahr: 14.268,76 €) abgeführt und die Pensionsrückstellung um 21.880,92 € (Vorjahr: 88.621,20 €) erhöht.

Die Gesamtbezüge des Kuratoriums betragen 7.170,00 € (Vorjahr: 7.530,00 €).

Die Angabe der Bezüge von ehemaligen Vorstandsmitgliedern unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Für das Geschäftsjahr 2016 wurden für Dienstleistungen des Abschlussprüfers rd. 30.000,00 € (zuzügl. Umsatzsteuer) für Abschlussprüferleistungen berechnet.

### Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen (§ 51 Abs. 5 RechVersV)

	2016 €	Vorjahr €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB		
für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	0,00	0,00
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0,00	0,00
3. Löhne und Gehälter	714.253,39	662.825,37
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	121.829,23	113.216,71
5. Aufwendungen für Altersversorgung	77.766,43	190.561,38
Aufwendungen insgesamt	913.849,05	966.603,46

### 9. Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2016 €	Vorjahr €
a) Aufwendungen für Wohn- und Geschäftsbauten	766.423,92	919.799,19
Sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	233.454,06	267.107,93
b) Abschreibungen auf Wohn- und Geschäftsbauten	477.488,00	587.617,00
Abschreibungen auf sonstige Kapitalanlagen	1.580.868,50	2.266.770,70
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	444.290,86	234.680,00
	3.502.525,34	4.275.974,82

Der Abschreibungssatz auf unsere Immobilien beträgt grundsätzlich 2 %.

## Anhang

---

### 10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen

	2016 €	Vorjahr €
Zahlungen wegen Versorgungsausgleich	39.375,87	37.887,23
Sonstiges	77,28	208,47
	39.453,15	38.095,70

## II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

### 1. Sonstige Erträge

	2016 €	Vorjahr €
Zinsen Bankkonten	0,00	4,04
Sonstiges	0,04	0,00
	0,04	4,04

### 2. Sonstige Aufwendungen

	2016 €	Vorjahr €
	376.019,83	404.365,54

Die sonstigen Aufwendungen beinhalten fast ausschließlich den Zinskostenanteil aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen i.H.v. 57.191,00 € und die sonstigen Verwaltungsaufwendungen von 318.828,81 €.

### Sonstige Angaben

1. Die Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG hat ihren Sitz in Köln und ist nicht im Handelsregister eingetragen, da die Gründung durch das Gesetz zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen erfolgte (BGBl I 2004, S. 3416 ff., 3426 f.).
2. Vorgänge von besonderer Bedeutung gemäß § 285 Nr. 33 HGB liegen nicht vor.

Köln, den 27. April 2017

Pensionskasse  
Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG  
Der Vorstand

Frede

Tinz

Dr. Ackmann

## **Anhang**

---

# *Vermögensentwicklung der Versicherungsabteilungen in 2016*

## Anhang

---

	Gesamt	Abteilung A	Abteilung A 2000	Abteilung Z 2002	Abteilung G 1	Abteilung G 2	Abteilung H 1	Abteilung H 2
	€	€	€	€	€	€	€	€
<b>Gesamtvermögen 1.1.2016</b>	<b>620.264.445,68</b>	<b>513.165.242,47</b>	<b>86.102.576,43</b>	<b>5.563.980,37</b>	<b>103.024,02</b>	<b>8.621.420,76</b>	<b>1.657.977,42</b>	<b>5.050.224,21</b>
<b>Einnahmen</b>								
Beiträge	16.835.559,87	5.879.322,75	10.209.046,52	742.819,14			4.371,46	
Erträge	25.846.628,10	21.408.516,85	3.836.342,92	246.997,25	4.054,37	76.645,29	66.119,97	207.951,45
Sonstige Einnahmen	435.638,68	1.316,40	172.536,53			261.785,75		
<b>Gesamteinnahmen 2016</b>	<b>43.117.826,65</b>	<b>27.289.156,00</b>	<b>14.217.925,97</b>	<b>989.816,39</b>	<b>4.054,37</b>	<b>342.802,50</b>	<b>66.119,97</b>	<b>207.951,45</b>
<b>Ausgaben</b>								
Kassenleistungen	21.360.935,87	19.467.905,50	716.486,11	43.931,19	14.007,12	673.252,36	187.006,26	258.347,33
Aufwendungen	1.194.967,96	529.383,21	487.917,09	149.103,37	355,81	14.884,13	2.885,92	10.438,43
Sonstige Ausgaben	81.590,42	48.156,61	627,28	50,00		32.756,53		
<b>Gesamtausgaben 2016</b>	<b>22.637.494,25</b>	<b>20.045.445,32</b>	<b>1.205.030,48</b>	<b>193.084,56</b>	<b>14.362,93</b>	<b>720.893,02</b>	<b>189.892,18</b>	<b>268.785,76</b>
<b>Gesamtvermögen 31.12.2016</b>	<b>640.744.778,08</b>	<b>520.408.953,15</b>	<b>99.115.471,92</b>	<b>6.360.712,20</b>	<b>92.715,46</b>	<b>8.243.330,24</b>	<b>1.534.205,21</b>	<b>4.989.389,90</b>

## Wiedergabe der Bestätigungsvermerke

---

### 1. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Ich habe den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG, Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Pensionskasse. Meine Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von mir durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Ich habe meine Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Pensionskasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Ich bin der Auffassung, dass meine Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für meine Beurteilung bildet.

Meine Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach meiner Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Pensionskasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss und entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Er vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Pensionskasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Bergisch-Gladbach, den 2. Mai 2017

Dipl.-Kfm. Hans-Jürgen Jansen  
Wirtschaftsprüfer

### 2. Bestätigungsvermerk des Kuratoriums der Pensionskasse

„Das Kuratorium hat den Jahresabschluss gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 3 PK-Satzung geprüft. Die Prüfung hat keine Beanstandungen ergeben.“

Hannover, den 30. Juni 2017

E m s c h e r m a n n  
Vorsitzender des Kuratoriums

